

Wöchentlich 88 Pf., monatlich 3,00 M.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.
einschließlich 50 Pf. Postgebühren und
72 Pf. Soldatenspenden. Zustands-
abonnements 6.— M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Druckschen-
porto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“, Ferner „Frauentimme“,
„Tschail“, „Witz in die Bühnenwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Sonnabend
27. Juni 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitig. Kompassregeln 46 Pf.
Kleinanzeigen 5.— M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 24 Pf.
(gültig für festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 12 Pf. Robert H. Lenz,
Stellenangebote das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Wozu über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Kleinanzeigen 40 Pf. Familien-
anzeigen 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent-
täglich von 9 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Erläuterung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Fotischekonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Frankreichs Gegenvorschlag.

Heute verhandelt Mellon mit der französischen Regierung.

Paris, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Laval verlas heute in der Kammer die französische Antwortnote an Präsident Hoover.

Am Sonnabendnachmittag werden die Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon und dem amerikanischen Gesandten in Paris einerseits und der französischen Regierung andererseits aufgenommen.

Die französische Kammer hat gestern die Antwortnote der französischen Regierung auf den Vorschlag Hoovers besprochen. Die Antwortnote befaßt die große Linie des Hoover'schen Vorschlages mit französischen Spezialwünschen über die ungeschützte Jahreszahlungen. Diese Wünsche gehen noch über das hinaus, was bisher bereits bekannt geworden ist. Nach diesem Vorschlag sollen die von Deutschland in Höhe der ungeschützten Annuität an die Bank für internationale Zahlungen zu leistenden Zahlungen nicht in voller Höhe als Kredit wieder nach Deutschland zurückfließen, vielmehr sollen diese Zahlungen namentlich den Gläubigermächten, in denen infolge des Feierjahres finanzielle Schwierigkeiten entstehen, nutzbar gemacht werden.

Hier liegt eine grundsätzliche Umkehr von den Vorschlägen Hoovers. Der Vorschlag, Deutschland solle die ungeschützte Annuität zahlen, aber als Kredit zurückbehalten, kamte zur Not als eine Abweichung in der Frage des Weges zu dem von Hoover gezeigten Ziele gelten. Die Form aber, die der Vorschlag in der französischen Antwortnote gefunden hat, geht über die Absicht der Wahrung der juristischen Grundlagen des Young-Planes weit hinaus. Er zielt darauf ab, Deutschland im Laufe des Hoover-Feierjahres dennoch effektive Zahlungen aufzuerlegen und diese Zahlungen für Gläubigermächte nutzbar zu machen. Die Schwierigkeiten, die in einzelnen Ländern auftreten könnten, sollen nicht durch eine internationale Aktion, sondern mit deutschem Gelde behoben werden.

Diese Antwortnote entfernt sich schließlich soweit von dem Hoover'schen Grundgedanken, daß sie Vorschriften für eine Verwendung der im Reparationsfeierjahr in Deutschland freigewordenen Summen vorschlägt. Deutschland soll gebunden werden in der Verwendung dieser Summen. Der Gedanke einer Kontrolle zum mindesten im negativen ist wieder aufgetaucht — ein Schritt hinter den Young-Plan zurück!

Diese Antwortnote bedeutet eine außerordentlich starke Belastung der Verhandlungen, die heute nachmittags um 3 Uhr zwischen dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon und der französischen Regierung beginnen werden. Die amerikanische Regierung hat nach dem Empfang der Note erklären lassen, daß sie an dem Hoover'schen Grundgedanken nicht rütteln lassen wolle. Man muß also mit schwierigen Verhandlungen rechnen. Der Verlauf der Kammerdebatte hat sicherlich nicht dazu beigetragen, die Verhandlungen zu erleichtern. In den Reden der Parteiredner tritt eine starke Verleumdung des Ernstes der Lage in Deutschland hervor — aber auch der Finanzminister äußerte die Ansicht, daß Deutschland die ungeschützte Annuität tatsächlich zahlen könne. Wenn aber der französische Finanzminister gar verkündete, daß die vorübergehende Aufhebung der ungeschützten Annuität eine „ernste Gefahr für den Frieden“ sei, so liegt — von allem anderen abgesehen — darin eine sehr ernste Versteifung unmittelbar vor dem Beginn der Verhandlungen.

Hoover hat auf rascheste Durchführung seines Vorschlages gedrängt. Tatsächlich ist die Lage Deutschlands so ernst, daß sie lange Verhandlungen kaum verträglich ist. Ministerpräsident Laval hat gestern angedeutet, daß jede Aenderung des Young-Planes der Ratifikation durch Kammer und Senat bedürfe. Wenn er den Hoover'schen Vorschlag als Aenderung des Young-Planes auffaßt, so müßte nach dem Abschluß der Verhandlungen zunächst dem französischen Parlament eine Ratifikationsvorlage zugeleitet werden, und bis zur Ratifikation würden dann abermals mehrere Wochen verstreichen.

Von Frankreichs Entscheidung hängt es ab, ob der Vor-

schlag eines Reparationsfeierjahres im Geiste Hoovers rechtzeitig Wirklichkeit werden wird. Die Folgen einer Enttäuschung der Welt Hoffnungen auf den Hoover'schen Vorschlag würden unübersehbar sein!

Die Antwortnote.

Paris, 26. Juni.

Die Kammerfassung wurde um 3 Uhr bei außerordentlich starkem Andrang mit der Verlesung der verschiedenen Interpellationen eröffnet. Ministerpräsident Laval ergriff sofort das Wort, um zunächst die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten und alsdann die Antwortnote der französischen Regierung zu verlesen, die folgenden Wortlaut hat:

Die französische Regierung hat mit lebhaftem Interesse von dem Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen und erklärt sich mit den hochherzigen Gefühlen, die diesen Vorschlag inspiriert haben, einverstanden. Die französische Regierung wünscht mehr als jede andere in der Betätigung für die Wirtschaftsausöhnung der Welt eine Solidarität bekräftigt zu sehen, von der sie sich stets hat leiten lassen, sei es durch Annahme der aufeinanderfolgenden Reduzierungen der deutschen Schuld, sei es durch Ausföhrung der vorzeitigen Räumung der dritten Rheinlandzone im Austausch für die vollständige und endgültige Regelung des in Genf am 16. September 1928 verkündeten Reparationsprogramms. Sie

legt darauf Wert, vor der öffentlichen Meinung der Welt die Größe des neuen Opfers zu unterstreichen, das nach all denen, die es bereits bewilligt hat, von Frankreich gefordert wird.

Um die Frage des Präsidenten Hoover zu beantworten, ist die französische Regierung bereit, das französische Parlament, dessen Heranziehung unerlässlich und dessen Entscheidung souverän ist, zu ersuchen, daß Frankreich provisorisch und während eines Jahres

da von absieht, irgendeine von Deutschland geleistete Zahlung zu behalten. Aber angesichts der Art der freiwillig eingegangenen und erst kürzlich unterschriebenen Verpflichtung des Young-Plans, angesichts auch der Feierlichkeit, mit der der definitive und nicht aufschiebende Charakter der ungeschützten Annuitäten anerkannt worden ist, in denen die notwendige Permanenz des Reparationsgrundgesetzes zum Ausdruck kommt, würde eine große Gefahr bestehen, das Vertrauen in den Wert der Unterschriften und der Kontrakte zu erschüttern und so gegen das beabsichtigte Ziel zu verstößen, wenn bei der vorgeschlagenen Aussetzung der Zahlungen die nicht aufschiebende Annuität in gleicher Weise wie die geschützte behandelt werden würde. Die französische Regierung betont besonders, daß eine formelle Assimilierung zwischen den privaten Schulden Deutschlands (Young-Anleihe und Kreuzer-Anleihe) und den noch nicht mobilisierten ungeschützten Annuitäten hergestellt worden ist. Die Zahlung der ungeschützten Annuitäten durch Deutschland aussetzen und dennoch zulassen, daß der Zinsendienst für die beim Publikum untergebrachte Young-Anleihe fortgesetzt wird, würde einem fundamentalen Grundgesetz und einer ausdrücklichen Bestimmung direkt zuwiderlaufen.

Die Regierung ist also der Ansicht, daß ein allererstes Interesse moralischer Art dafür besteht, daß

selbst während der vom Präsidenten Hoover vorgesehenen Frist die Zahlung der ungeschützten Annuitäten in keiner Weise aufgeschoben

wird. Die französische Regierung, die den Wunsch hegt, weitgehend an jedem Versuch zur Wöherung der Folgen der gegenwärtigen Krise mitzuwirken, glaubt gerade im Interesse des Erfolges dieser Bemühung präzisieren zu sollen, daß die allgemeine Aussetzung der Zahlungen allein ein ungenügendes Heilmittel zu sein scheint. Die gegenwärtig die deutsche Wirtschaft und allgemeiner die europäische Wirtschaft bedrohenden Gefahren haben einen anderen Ursprung und gehen namentlich auf starke Krediteinschränkungen oder auf die Zurücknahme ausländischer

Amerika gegen Kompromiß.

Erklärungen über die französische Antwort.

Washington, 26. Juni.

In einem Kommuniqué zur französischen Antwortnote gibt Stimson seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß Frankreich bereit ist, für ein Jahr auf sämtliche deutsche Zahlungen zu verzichten. Mehr habe Hoover nicht vorgeschlagen, insbesondere habe ihm eine Revision der internationalen Schuldverträge, einschließlich der mit Amerika geschlossenen, ferngelegen.

Ueber das Verfahren, durch das der einjährige Ausschub aller Zahlungen erreicht werden könne, müßten noch Verhandlungen geführt werden; denn Frankreichs Vorschlag erfülle die vom Präsidenten geplante Erleichterung der Schuldnerstaaten nicht in vollem Umfange, da bereits mehrere Mächte Hoovers Plan zugestimmt hätten und der 1. Juli nahe sei, seien Mellon und Edge bemüht, mit der französischen Regierung zu einer möglichst schnellen Einigung zu gelangen.

Weder Nachgeben noch Kompromiß.

Washington, 26. Juni.

Im Staatsdepartement wurde Wert darauf gelegt, zum Kommuniqué Stimsons festzustellen, daß die amerikanische Regierung weder nachgegeben habe noch ein Kompromiß schließen wolle, sondern nach wie vor darauf bestehe, daß Hoovers Plan, völliger Verzicht auf alle deutschen Reparationszahlungen für die Frist eines Jahres, durchgeführt werde. Man hoffe, daß Frankreich im Interesse der Hebung der Weltkrise einen Weg finden werde, um dieses Ziel in die Tat umzusetzen.

Erste Föhlungnahme Mellons mit Laval.

Paris, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon weifte am Freitagmittag bei dem Ministerpräsidenten Laval zu Gast. Außerdem waren anwesend der amerikanische Botschafter Edge und einige höhere Beamte der Botschaft, Außenminister Briand, Finanzminister Mandin und Budgetminister Réjé.

Die eigentlichen Besprechungen zwischen Mellon und der französischen Regierung über den Hoover-Plan bzw. über die zwischen Washington und Paris bestehenden Differenzen sollen am Sonnabend im Innenministerium beginnen.

Abänderung setzt neuen Parlamentsbeschuß voraus

Paris, 26. Juni.

Wie Havas berichtet, soll Ministerpräsident Laval in den Bandelgängen der Kammer bestätigt haben, daß jede Abänderung am Young-Plan notwendigerweise die Ratifizierung durch das Parlament erfordere.

England verwirklicht den Hooverplan.

Zahlungsplan für Alliierte und Dominien.

London, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Die britische Regierung hat ihre Hauptschuldner, darunter Frankreich und Italien, aufgefordert, bis auf weiteres alle Kriegsschuldenzahlungen an England einzustellen. England handelt also bereits nach dem Plan Hoovers.

England hat für das kommende Jahr auch auf die Kriegsschuldenzahlungen von den Dominien verzichtet, was einen Ausfall im englischen Budget von elf Millionen Pfund Sterling bedeutet.

Die Regierung Südafrikas hat den Zahlungsausschuß abgelehnt! Sie will ihre Schulden von einigen hunderttausend Pfund jährlich weiterzahlen, hat aber in London gleichzeitig erklären lassen, daß sie bei der Inkrasssetzung des Hoover-Vorschlages selbstverständlich auf ihren Anteil an den deutschen Reparationszahlungen verzichte.

Kapitalien zurück. Die Lösung der deutschen Krise scheint nicht nur in einer Herabsetzung der Kosten des Reichsbudgets, sondern auch in einer Erweiterung der Kredite zu liegen. Deshalb erklärt die französische Regierung sich vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments bereit, der Internationalen Zahlungsbank

die ihrem Anteil an der nichtausführbaren Annuität entsprechende Summe für ein Jahr zur Verfügung zu stellen, mit einziger Ausnahme der Beträge, die für die Ausführung der restlichen gegenwärtig noch laufenden Sachlieferungsverträge notwendig sind.

Das übrige für die deutsche Wirtschaft von Nutzen ist. Wenn die französische Regierung diesen Vorschlag macht, rechnet sie damit, daß die übrigen Rhythmer des Young-Planes eine gleiche Entscheidung treffen werden, und sie hofft sogar, daß noch andere Maßnahmen getroffen werden könnten, um die mühsame Wiederherstellung des Kredits und des Vertrauens in die Welt zu begünstigen. Die auf diese Weise an die Internationale Zahlungsbank gezahlten verfügbaren Gelder werden sofort

für die Besserung des Kredits in Deutschlands sowie in den Ländern Mitteleuropas und namentlich dort, wo die Aussetzung der Young-Plan-Ausführung während eines Jahres eine finanzielle oder wirtschaftliche Störung bringen könnte, nutzbar gemacht werden können. Es versteht sich von selbst, daß die so verwendeten Beträge nach Ablauf der als Frist für die provisorische Aussetzung des Young-Planes vorgesehenen einjährigen Periode wieder verfügbar werden würden. Die französische Regierung ist auch der Ansicht, daß alle nützlichen Vorkehrungen getroffen werden müssen, damit diese Summen, ebenso wie die aus Erleichterungen des Reichsbudgets auf Grund der einjährigen Zahlungsaussetzung des Young-Planes zu erwartenden Summen nur zu wirtschaftlichen Zwecken Verwendung finden können, damit jede Gefahr einer Dumping-Finanzierung beseitigt wird. Endlich wird es angebracht sein, vor Ablauf der einjährigen Frist an eine Prüfung der von Deutschland für Wiederaufnahme seiner Zahlungen zu treffenden Maßnahmen zu denken. Die Vorschläge der französischen Regierung und die Anpassungen, die die Anwendung des amerikanischen Angebots zweckdienlich machen wird und die notwendigerweise Gegenstand eines späteren Meinungsaustausches sein werden, erscheinen als durchaus vereinbar mit dem beherrschenden Gedanken des Vorschlages des Präsidenten Hoover. Indem Frankreich der Internationalen Zahlungsbank unter den erwähnten Bedingungen seinen Anteil an der geschuldeten Annuität zur Verfügung stellt, wird es während der Zeit der Zahlungsaussetzung dessen beraubt, was ihm auf Grund der Kosten zugesprochen worden war, die es für den Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete zu tragen hatte.

Ohne auf den Unterschied der Summen, die es erhalten hat, und der Summen, die es hätte erhalten müssen, bestehen zu wollen, erinnert Frankreich daran, daß der Betrag seiner öffentlichen Schuld heute ungefähr viermal so groß ist wie der der Schuld Deutschlands, und daß seine Bemühung um eine fortgesetzte, vor kaum vier Jahren und aus eigenen Mitteln verwirklichte finanzielle Sanierung nicht in Gefahr gebracht werden darf. Die französische Regierung kann also die Solidarität der französischen Republik mit der Republik der Vereinigten Staaten in dem Augenblick bekräftigen, in dem beide Länder — getreu ihrer Tradition — an Rettungsmaßnahmen in einer für ernst gehaltenen Krise zusammenarbeiten. Sie können mit Recht hoffen, daß ihr guter internationaler Wille mit der Respektierung der Verträge und der Wiederherstellung des Vertrauens unter den Völkern, die die Bedingungen für die Zukunft des Friedens sind, beantwortet werden wird.

Nach der Verlesung der Note wurde die Kammer Sitzung zunächst unterbrochen. Die Stelle der Antwort, in der von der Respektierung der Verträge gesprochen wird, wird von der Rechten und der Mitte mit großem Beifall aufgenommen.

Amerikas Antwort.

Ministerpräsident Laval verliest nun ein Schreiben des amerikanischen Botschafters, datiert von heute, in dem erklärt wird, daß die amerikanische Regierung die Antwort der französischen Regierung zu würdigen wisse und die Hoffnung äußert, daß die französische Regierung die Anwesenheit Mellons in Paris dazu benutzen werde, mit ihm die aufgeworfenen Probleme eingehend zu erörtern. Die Vorlesung dieses Schreibens wird mit eifrigem Schweigen aufgenommen, das auch andauert, als der Ministerpräsident die Tribüne verläßt. Der radikale Abg. Mistler richtet an den Ministerpräsidenten die Frage, ob es nicht besser wäre, die Sitzung auszusagen, damit die Parteien sich über den Inhalt der verlesenen Dokumente, die sie nur summarisch gefannt hätten, verständigen könnten. Laval erklärt sich damit einverstanden. Er betont, daß die Verhandlungen wohl noch im Gange seien, aber die Regierung es als angenehm empfinden würde, die Meinung des Parlamentes kennenzulernen. Die Sitzung wird hierauf um eine halbe Stunde bis um vier Uhr unterbrochen.

Die Interpellationen.

Dann spricht als erster Interpellant der radikale Abg. Margaine. Er ging auf die Moratoriumsfrage nicht ein, sondern betonte die ausschlaggebende Bedeutung des Parlaments für die Schritte der französischen Regierung, die ohne das Parlament ebenfalls etwas unternehmen könne, wie Hoover ohne den amerikanischen Kongreß. Der Redner bezweifelte, daß keine Vorbesprechungen stattgefunden hätten und wollte ein gewisses Einvernehmen zwischen der englischen und der amerikanischen Regierung feststellen. Hoover habe mit der traditionellen Politik der Vereinigten Staaten gebrochen. Schon vor den Haager Verhandlungen sei die Gefahr eines deutsch-amerikanischen Blocks aufgetaucht. Nur ein oberflächlicher Beobachter könne an den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands glauben. Jeder wisse, daß Deutschland, wenn es wolle, sein Budget in Ordnung bringen könne. Deutschland verfolge den Zweck, die Reparationslasten von sich abzumähen. Im übrigen begründete der Interpellant die Möglichkeit einer deutsch-französischen Aussprache und betonte, daß die Befriedung Europas ohne Einmischung von außen durch eine Verständigung der europäischen Mächte erzielt werden könne. Der nächste Interpellant, der Abg. Louis Dubois (Gruppe Marin), der frühere französische Delegierte bei der Reparationskommission, rollte das ganze Reparationsproblem auf, beginnend mit den 14 Punkten Wilsons. Das Haus schenkte seinen Ausführungen wenig Beachtung.

Couls Marin erklärte, der Young-Plan werde durch den amerikanischen Vorschlag bedroht. In ihm seien Bestimmungen für die Erlangung eines Moratoriums enthalten, aber man tue so, als ob sie nicht existierten. Die parlamentarischen Vorrechte müßten respektiert werden, was mit dem Vorschlage Hoovers nicht der Fall sei. Dieser Vorschlag stellt

geradezu ein Ultimatum an Frankreich dar. In einem Zwischenruf wies Ministerpräsident Laval diese

Franzen vor Gericht.

Der Hafentanzminister der Begünstigung angeklagt.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte findet heute die Verhandlung gegen den braunschweigischen Staatsminister für das Innere und Volksbildung, den Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Franzen, statt. Die Anklage lautet auf Begünstigung.

Der Sachverhalt, der der Anklage zugrunde liegt, ist bereits durch die Prozesse des Herrn Ministers gegen den „Volksfreund“ in Braunschweig und durch die beiden Verhandlungen gegen den Landwirt Guth hinreichend bekannt. Am 13. Oktober, also am Eröffnungstage des Reichstags, wurde während des nationalsozialistischen Kummels auf dem Potsdamer Platz der Landwirt Guth vorläufig festgenommen. Er zeigte als Legitimation einen Fahrausweis der Deutschen Reichsbahngesellschaft vor, ausgestellt auf das Mitglied des Preussischen Landtags Lohse. Das Aussehen des Herrn Guth schien mit dem Photo des Herrn Lohse nicht übereinzustimmen. Als ihm das auf der Wache vorgehalten wurde, erklärte er: er sei früher voller gewesen und habe auch eine Brille getragen; daß er Lohse sei, würde u. a. der Staatsminister Franzen, der sich im Augenblick im Bayernhof befindet, bestätigen können. Dr. Franzen wurde ins Polizeirevier gebeten; man teilte ihm hier mit, daß der angebliche Lohse wegen Bankrotvergehens zwangsgestellt sei und im Verdacht stehe, einen falschen Namen angegeben zu haben. Dr. Franzen erklärte aber trotz der Bedenken, die die Polizeibeamten im gegenüber hinsichtlich der Identität des Zwangsgestellten äußerten, daß er diesen kenne und ihn deshalb als Lohse zu legitimieren bereit sei. Die Beamten waren angefaßt dieser entschiedenen Behauptungen des Ministers nahe daran, den

„Landtagsabgeordneten Lohse“ zu entlassen, als der Major Heinrich das Polizeirevier betrat, sich den Vorgang erzählen ließ und trotz der Berufung des Ministers auf die Immunität des Herrn Lohse dessen Einlieferung in das Polizeipräsidium anordnete. Dr. Franzen erklärte sich anfangs bereit, seinen Parteifreund auch in das Polizeipräsidium zu begleiten, um ihn dort gleichfalls zu legitimieren; er rief aber dann die Beamten Gehrmann und Graf beiseite und teilte ihnen mit, daß der Zwangsgestellte doch nicht Lohse sei.

In der Legitimierung des Landwirts Guth als Lohse durch den Minister Franzen, obgleich es ihm bekannt gewesen war, daß der Zwangsgestellte eines Vergehens beschuldigt wird, erblickt die Staatsanwaltschaft eine Begünstigung. Der Landwirt Guth ist von der zweiten Instanz wegen Auslaufs verurteilt worden. Das Schöffengericht Berlin-Mitte wird aber von sich aus noch einmal zu prüfen haben, ob Guth sich tatsächlich eine strafbare Handlung hat zuschulden kommen lassen, denn mit dieser Beschuldigung steht und fällt die Anklage gegen den Minister Dr. Franzen. Dieser bestritt aber bekanntlich, daß ihm im Polizeirevier überhaupt von einem Vergehen des Zwangsgestellten Mitteilung gemacht worden sei. Die Verteidigung wird selbstverständlich, ähnlich wie in den früheren Prozessen, die den Fall Franzen-Guth zum Gegenstand hatten, sich alle erdenkliche Mühe geben, die Glaubwürdigkeit der Polizeibeamten zu erschüttern; ganz besonders hat es ihr der Polizeimajor Heinrich angefallen, da dieser Beamte als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei für die Nazi-Verteidiger von vornherein belastet ist.

Hafentanzterror in München.

Wüste Krawalle in der Universität.

München, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Der bekannte Staatsrechtsprofessor der Münchener Universität Professor Ramialty war am Freitag in der Universität Gegenstand schwerer Ausschreitungen hakenkreuzlerischer Studenten.

Die gewalttätige Demonstration war eingeleitet worden durch einen schamlosen Heberich des hiesigen Hitler-Blattes, in dem dem Professor aus einer seiner letzten Vorlesungen Worte in den Mund gelegt wurden, die nach seiner eigenen Feststellung völlig aus dem Zusammenhang gerissen und entzerrt sind. Tatsache ist, daß Ramialty bei der Charakterisierung des Versailler Vertrages auch davon sprach, daß die furchtbaren Bedingungen der assoziierten Mächte gewissermaßen ein Vorbild hatten in den Verträgen, die das siegreiche Deutschland in Bukarest und Brest-Litowsk diktiert hat. In dem Bericht waren die Studenten unter schärfsten persönlichen Verunglimpfungen des Professors aufgefordert, nicht zu dulden, daß an einer deutschen Universität ein Professor spreche wie der erste französische Chauvinist. Es war also vorauszusetzen, daß es bei der Vorlesung Ramialtys am Freitag zu organisiertem Aufruhr kommen würde. Tatsächlich hielten Nazistudenten den Hörsaal nicht besetzt. Ramialty kam aber nicht, sondern las in einem anderen Hörsaal. Als bald setzte ungeheurer Lärm ein und ein Nazistudent hielt eine Ansprache, in der er verlangte, daß Ramialty sofort von der Münchener Universität zu verschwinden habe. Andere Studenten, die zur Ruhe mahnten, wurden niedergeböhlt, einer wurde zu Boden geschlagen.

Dem Rektor gelang es schließlich, die tobende Meute mit der Zusage einer Untersuchung gegen Ramialty zu beruhigen. Jetzt zogen die akademischen Rowdys zum Hörsaal, in dem Ramialty las und randalierten vor der versperrten Tür. Als Ramialty heraus-

kam, wurde er mit Hui-Gebrüll empfangen, umringt und schließlich so bedrängt, daß er in einen Nebenraum flüchten mußte. Wieder griff der Rektor ein, der jetzt endlich mit der Drohung, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen, dem wüsten Ergeß ein Ende bereite.

Bayern greift durch.

Versammlungs- und Uniformverbot.

München, den 26. Juni.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Bei dem am 21. Juni in Mühldorf am Inn abgehaltenen Gau-Parteitag der NSDAP ist entgegen der bezirksamtlichen Anordnung und der Zusicherung der nationalsozialistischen Führer bei Veranstaltungen unter freiem Himmel von Teilnehmern in großer Anzahl Einheitskleidung getragen worden.

Dadurch ist den bestehenden Anordnungen offen zuwidergehandelt und die öffentliche Ordnung in erheblicher Weise gefährdet worden. Am 28. und 29. Juni sind in verschiedenen Orten Bayerns Veranstaltungen ähnlicher Art geplant. Da bei der Gleichheit der Verhältnisse damit gerechnet werden muß, daß sich auch bei diesen Veranstaltungen die gleiche Lage wie in Mühldorf ergeben wird, haben die zuständigen Bezirks- und Polizeibehörden ein Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen sowie aller Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel ausgesprochen, die anlässlich dieser Veranstaltungen vorgelesen haben. Um den Volkstanz zu sichern, hat das Staatsministerium des Innern gleichzeitig für die genannten Tage und Amtsbezirke für alle politischen Vereinigungen das Tragen einheitlicher Kleidung und Abzeichen verboten. Diese Anordnung stützt sich auf die entsprechenden Bestimmungen in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Ihre Übertretung unterliegt somit dem dort bestimmten Strafen.

Neuerung energisch zurück. Marin behauptete weiter, es seien seit langem Verhandlungen zwischen Amerika und Deutschland im Gange, über die Frankreich nicht rechtzeitig unterrichtet worden sei. Auch diesem Einwand trat Laval entgegen, indem er die ihm von dem Botschafter Edge kürzlich übergebene Erklärung verlas. Laval sagte hinzu, Amerika habe sogar gewünscht, die Rettungssaktion zugunsten Deutschlands zusammen mit Frankreich zu unternehmen. Und davon sei dem französischen Botschafter bereits am vorigen Freitag Mitteilung gemacht worden.

Der Interpellant erklärte dann weiter, daß mit der Annahme des amerikanischen Vorschlages nicht nur die Zukunft des Young-Planes gefährdet sei, sondern daß man damit weiteren Forderungen Deutschlands auf anderen Gebieten die Tür öffne. Man wende ein, daß ein wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenbruch Deutschlands in Aussicht stehe, wenn man Deutschland nicht zu Hilfe komme. Aber die zwei Milliarden Frankreichs würden die deutsche Krise auch nicht lösen. Im übrigen sei die Lage Deutschlands glänzend. (!) Man wisse ja, welche Verschwendung im Reichshaushalt mit den öffentlichen Mitteln getrieben werde. Der neue Panzertreuzer „Deutschland“ werde nach dem Hooverschen Vorschlag von Frankreich bezahlt werden. Schließlich äußerte sich Marin über die Mittel, mit denen nach seiner Ansicht die deutsche Krise zu lösen wäre. Man könnte Deutschland gegen sichere Garantien Kredite gewähren, wogegen sich, so sonderbar das auch sei, kein französischer Parlamentarier wenden würde. Ferner könnten die Sachlieferungen erhöht werden, um der deutschen Industrie zu helfen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Aber seine Schulden müßte Deutschland gemäß dem gegebenen Wort und den vorgelegenen Bestimmungen zahlen. Frankreich dürfe nicht das Land der ewigen Verzichtse werden.

Nach Marin setzte

Finanzminister Flandin

die Folgen des amerikanischen Vorschlages auseinander und verteidigte den französischen Gegenvorschlag. Er erklärte, das Kabinett sei vollkommen darüber einig gewesen, daß Deutschland die ungeschuldeten Zahlungen weiter leisten müsse. Es wäre moralisch nicht zu verteidigen, wenn diese Zahlungen, deren unabweichlicher Charakter im Young-Plan festgelegt ist, eingestellt werden. Eine solche Maßnahme wäre eine

ernste Gefahr für den Frieden. (?)

Der Young-Plan sei von Deutschland als eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems anerkannt worden. Deutschland habe also nicht das Recht, eine Revision zu verlangen. Es müßten Vorkehrungsmaßnahmen getroffen werden, um die Zerreißung des Planes zu verhindern. Die beste Maßregel sei nach Ansicht Frankreichs, von Deutschland die Weiterzahlung der ungeschuldeten Annuität zu verlangen. Das sei schon deswegen notwendig, weil Präsident Hoover ausdrücklich die Weiterzahlung der Zinsen an die Inhaber der Young- und Kreuger-Obligationen ver-

langt habe. Man habe aber nach den Bestimmungen des Young-Planes nicht das Recht, diese Privatgläubiger besser zu behandeln als die Länder, die die ungeschuldeten Zahlungen empfangen. Zum Schluß erklärte der Finanzminister, daß Deutschland tatsächlich in der Lage sei, die ungeschuldeten Annuitäten zu bezahlen, denn sie mache kaum 6 Proz. des deutschen Reichshaushalts aus.

Die Fortsetzung der Debatte wurde darauf auf eine Nacht-sitzung vertagt.

Die Nachtsitzung.

In dieser Nachtsitzung beendet der Finanzminister Flandin zunächst seine Rede. Er erklärte, die Kammer habe sich gar nicht mehr über den amerikanischen Vorschlag, sondern über den französischen Gegenvorschlag auszusprechen.

dessen Vorteile er hervorhob. Das Parlament brauche keine neuen Steuern zu bewilligen, da die ungeschuldeten Annuitäten beim Schahamt als Einnahme verbucht werden und damit die Ausbalancierung des Budgets gesichert sei, was von der Rechten mit ungläubigem Lächeln und einigen Protesten aufgenommen wurde. Die Einwendungen, die gegen eine Unterstützung Deutschlands erhoben werden und die sich darauf gründen, daß man

kein Vertrauen zu einem Lande haben könne, in dem Reden wie die des Generals von Seckf gehalten

werden und Kundgebungen, wie die Stahelmparaden stattfinden. Er, der Finanzminister, wüßte auch dringend, daß sich Deutschland endlich von den Methoden seines früheren Regimes losjage. Das müßte Reichstanzler Brüning vor seiner Reise nach Paris verkünden. Flandin schloß unter großer Unruhe der Regierungsparteien seine Warnung an die Kammer, nicht die Verantwortung für eine Ablehnung des Moratoriums zu übernehmen, denn die Lage Deutschlands sei viel ernster, als man allgemein annehme. (Miso doch! Red. d. B.)

Im weiteren Verlauf der Sitzung erhielt der radikale Abgeordnete Col das Wort, der als Redner des Tages den amerikanischen Vorschlag offen begrüßte, obgleich er mit der Art seiner Äußerung nicht einverstanden sei. Col trat für eine Unterstützung Deutschlands ein und bedauerte, daß die Inflation dazu nicht von Frankreich ausgegangen sei. Frankreich müsse auch dem Rufe des Reichstanzlers Brüning folgen und sich mit Deutschland an einen Verhandlungstisch setzen.

Wir müssen ihm Kredite gewähren unter der Bedingung, daß diese nicht für Rüstungszwecke verwendet werden. Darüber hinaus müßten sich beide Länder im Interesse des Friedens und der Abrüstung gemäß dem von dem französischen Schriftsteller D'Amesson gemachten Vorschläge über eine 30prozentige Ermäßigung der Rüstungsausgaben verständigen. Die Rede wurde von den Radikalen und von den Sozialisten mit großem Beifall aufgenommen, die Sitzung dauerte um Mitternacht noch an.

Die Krise des Kapitalismus.

Eggerts Referat auf dem Maler-Verbandstag.

Propheten gibt es genug, so führte Eggert in seinem Referat über: „Die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems“ aus — Propheten, die den von der Not niedergedrückten arbeitenden Menschen vollends verwirren. Phantasten und Narren, die die begreifliche Empörung des Arbeiters gegen all das, was sich um ihn herum abspielt, noch mehr aufstacheln, gibt es über und über genug. Allein die Arbeiterschaft kann nur durch Klarheit und Wahrheit weiter kommen; denn sie hat es mit

einem kaltrechnenden, machtgewaltigen Gegner

zu tun, der sich durch Gebrüll und auch durch Gewalttätigkeiten nicht einschüchtern läßt. Das Rätsel der Krise beschäftigt alle Welt. Die einen sagen, die Tributlasten sind an allem Schuld, die andern, die Schläuren, suchen die Arbeiterbewegung zum Sündenbock zu machen. Nach ihrer Anschauung ist das kapitalistische System ferngesund und seine Mängel und Gebrechen stammen nicht von ihm selbst, sondern von sozialistischen Einflüssen. Die Gewerkschaften haben im Gegenjah zu all diesen Anschauungen immer wieder betont, daß die deutsche Krise nur ein Bestandteil einer sich entwickelnden Weltwirtschaftskrise ist.

Durch Krieg und Inflation

war fast ganz Europa etwa ein Jahrzehnt aus dem normalen Wirtschaftsprozess ausgeschaltet. In dieser Zeit sind neue Volkswirtschaften und Industrien in der Welt entstanden. Das brachte die alten kapitalistischen Länder ins Bedränge. Die Erzeugung an Rohstoffen und Lebensmitteln hat enorm zugenommen. Eine gewaltige Güterfülle und dennoch darben die Völker! Wir leiden nicht an Überproduktion, sondern an Unterverbrauch. Hier ist ein Punkt, wo man im kapitalistischen System nicht weiter kann.

Wie nun aber dem Uebel abhelfen? Soll man die Kapitalisten aus dem Lande jagen wie 1917 in Rußland? Deutschland kann sich solche Gewaltmethoden nicht erlauben. Sie würden einen Zusammenbruch und ein Abgleiten des Lebenshaltungsstandards der Arbeiterklasse in Deutschland zur Folge haben und zwar vielleicht auf Jahrzehnte hinaus. Was nützt es uns, wenn ein neues System aufgerichtet wird und die Menschen dabei nicht vorwärts, sondern rückwärts kommen.

Das Entscheidende ist der Mensch

und nicht ein System. Sind wir glücklicher, wenn es morgen allenglisch, aber schlechter geht? Wir müssen es besser machen als der Kapitalismus. Mit Husarenattacken löst sich aber die Wirtschaft nicht umstellen. Die russischen Verhältnisse lassen sich mit den deutschen überhaupt nicht vergleichen. Rußland ist 18mal so groß wie Deutschland und zählt trotzdem nicht einmal doppelt so viel Einwohner. Rußland ist bis zu 95 Proz. ein Agrarstaat, während Deutschland fast für 4 Milliarden Mark jährlich Lebensmittel und Rohstoffe einführt. Rußland, früher die Kornkammer der Welt, kann heute nicht mal sein eigenes Volk ernähren. Trotzdem betreibt es brutales Roggendumpling. Angeblich ist in Sowjetrußland keine Arbeitslosigkeit vorhanden. Wenn das zuträfe, hätte es doch ruhig die Arbeitslosenunterstützung bestehen lassen können. Es hat sie aber abgeschafft, um die Hungernden zwangsweise als billige und willige Arbeitskräfte in die Betriebe zu bringen.

Die Reparationen sind eine schlimme Sache, aber nicht das Hauptdrückmoment. Sie treiben zwangsläufig Deutschland zu einem scharfen Export, demgegenüber sich die Welt durch Zollmauern abzuriegeln versucht. Die Rationalisierung ist auch nicht allein an allem Schuld. In Deutschland ist höchstens 1 Million Arbeitslose auf das Konto der Rationalisierung zu setzen. Natürlich muß eine Anpassung an die Entwicklung erfolgen und deshalb fordern die Gewerkschaften ja auch eine

generelle Herabsetzung der Arbeitszeit

für große und kleine Betriebe, wobei sie die Frage des Lohnausgleichs zunächst in der Schwebe gelassen haben. Wir müssen heute zugreifen, um zunächst die Arbeitszeitverkürzung zu bekommen.

Wir stehen vor der schweren Aufgabe, die Arbeiterbewegung durch den Krisensturm hindurchzubringen. Leider marschiert die Arbeiterschaft nicht geschlossen. Deshalb gilt es auf alle Fälle, die Kerntruppen, d. h. die freie Gewerkschaftsbewegung als Grundstock für einen neuen Aufbau und für neue Kämpfe schlagkräftig zu erhalten. Weihen muß die Einheit!

Ein Beifallssturm war der Dank, den der Verbandstag Eggert für seinen Vortrag zollte. Eggerts Gedankengänge und Forderungen wurden in einer besonderen Entschließung zusammengefaßt, die der Verbandstag einstimmig annahm. In ihr wird mit besonderem Nachdruck auch gegen die sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung Protest erhoben.

gewerkschaftliche Bildungsarbeit sich die Umformung der Gesellschaft als letzte Aufgabe setzen und damit sich zur sozialistischen Bildungsarbeit erweitern.

Der Verbandsvorsitzende Harkle erklärte hierzu, daß der Verband die Aufgabenstellungen aus den Ausführungen des Genossen Seelbach bereits früher gezogen habe. Der Verband wendet viel Geld auf, um tüchtige Funktionäre zu schulen. Im übrigen wurde in der Freitagssitzung die Aussprache über den Punkt Agitation und das Referat des Genossen Grafmann fortgeführt. Dieser Verhandlungsgegenstand rief eine Reihe von Kolleginnen auf den Plan. Sie waren sich darüber einig, daß der Verband sich den Interessen der Frauen gehörig angenommen habe. Nach Schluß der Aussprache wurde folgende

Entschließung zur Notverordnung

und der 40-Stundenwoche einstimmig angenommen:

„Der 10. ordentliche Verbandstag des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter protestiert gegen die einseitig die Arbeiterschaft schwer belastenden Finanzmaßnahmen der Reichsregierung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931. Die darin enthaltenen Bestimmungen verschärfen den bereits unerträglich gewordenen Notstand der Arbeitslosen sowie der noch in Arbeit stehenden Arbeitermassen. Sie senken weiter die Kaufkraft des Volkes und tragen damit zu einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise bei.“

Der Verbandstag verlangt daher in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Bundesausschusses des ADGB vom 20. Juni 1931 umgehend eine durchgreifende Änderung dieser Notverordnung und die Heranziehung auch der besthenden Bevölkerungskreise zur Tragung der Kosten, die zur Erhaltung des Staates und seiner sozialen Einrichtungen erforderlich sind. Zur Milderung der großen Arbeitslosennot hält der Verbandstag die

Durchführung der 40-stündigen Arbeitswoche,

die auf fünf Tage zu verteilen ist, für ein unbedingtes Erfordernis. Die Voraussetzungen hierfür sind in allen Zweigen des graphischen Gewerbes gegeben. Es muß aber durch gesetzlichen Zwang dafür gesorgt werden, daß für die ausfallenden Arbeitsstunden die entsprechende Zahl arbeitsloser Kräfte in die Betriebe eingestellt wird und ein ausreichender Lohnausgleich erfolgt, um die Lasten der Arbeitszeitverkürzung nicht allein auf die Schultern der Arbeiterschaft zu legen.“

Schädigung von Arbeitslosen.

Die Notverordnung in der Übergangsphase.

Ein Tischler, der drei Jahre lang ununterbrochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung stand, wurde am 1. Juni arbeitslos und anschließend krank. Vom Arzt am 23. Juni gesund geschrieben, meldete er sich am 24. Juni bei seinem zuständigen Arbeitsamt und beantragte Arbeitslosenunterstützung. Am 22. Juli soll er die erste Unterstützung ausgezahlt erhalten.

Das zuständige Arbeitsamt vertritt nämlich den Standpunkt, daß der Antragsteller schon unter neues Recht falle. Nach altem Recht ist eine sieben tägige Wartezeit zurückzulegen. Der Tag des Inkrafttretens der Notverordnung, der 29. Juni, wird damit überschritten. Durch neuem Recht muß der Arbeitslose also 21 Tage Wartezeit durchmachen, die auch durch die dreieinhalbwöchige Krankheit nicht abgekürzt werden soll, weil ebenfalls nach neuem Recht nur Krankheiten über 4 Wochen eine Verlängerung bedingen.

Nach unserer Auffassung, die sich auf Entschärfungen des Spruchsenats für Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt stützt, ist diese Bearbeitung des Unterstützungsantrages falsch. Wohlgeblid für die Bewilligung eines Antrages ist das Recht, das am Tage des Eintritts und der Bewilligung des Versicherungsfalles gilt. Selbst wenn neues Recht und altes Recht sich überschneiden, so kann nie und nimmer nur neues Recht gelten, sondern dann gelten die Übergangsbestimmungen des neuen Rechtes für die alten Versicherungsfälle. Die unserer Ansicht nach auch noch falsch angewandten Übergangsbestimmungen über selbst bei aller ungünstigster Auslegung, daß der Stichtag für das neue Recht der 4. Juli ist.

Damnoch hat der Arbeitslose nur eine sieben tägige Wartezeit

durchzumachen, weil er als Lehrling nach mehr als zweiwöchiger Krankheit den Unterstützungsantrag gestellt hat. Erster Unterstützungstag ist also der 1. Juli, erster Zahlungstag (die Unterstützung wird wöchentlich nachträglich gezahlt) der 8. Juli. Erst ab frühestens 4. Juli kann hier neues Recht gelten. Andernfalls wird der Arbeitslose um 14 Tage Unterstützungsbezug geschädigt. Hoffentlich beansprucht er mit Hilfe seiner Gewerkschaft das Spruchverfahren.

Man kann doch nicht so argumentieren, daß durch Überschneiden der Wartezeit sich einmal die Wartezeit verlängert und damit die erschwerten Bedingungen für die Verkürzung der Wartezeit in Kraft treten. Wo bleiben da die Bestimmungen für die Übergangszeit?

Die Eile der Bürokratie bei der Anwendung des neuen Rechtes nützt uns so befreudender an, weil die Reichsanstalt genau weiß, daß selbst eine günstige Entscheidung, wegen Überfüllung des Spruchsenats vor neun Monaten kaum erfolgen kann und damit für die Arbeitslosen praktisch unwirksam bleiben muß. So kann es denn doch nicht gehen, daß die Arbeitslosen über das Recht der Notverordnung hinaus, das für sie ohnedies eine schwere Schädigung bedeutet, noch zu unrecht geschädigt werden!

Der Ruhrschiedspruch verbindlich.

Für die nächsten drei Monate.

Amlich wird berichtet:

In der Lohnstreitigkeit im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch vom 20. Juni 1931 für verbindlich erklärt. Seiner Entscheidung hat der Reichsarbeitsminister folgende Begründung gegeben:

„Bei der Entscheidung bin ich mir der bedrängten wirtschaftlichen Lage des Ruhrbergbaues, wie sie sich aus der letzten Unterbrechung des Reichswirtschaftsministeriums ergibt, bewußt. Wenn ich gleichwohl die Verbindlichkeitserklärung ausspreche, so geschieht es in der Überzeugung, daß bei den derzeitigen Arbeitsverhältnissen, insbesondere bei der großen Zahl von Fehlerschichten und der sich aus der Notverordnung ergebenden Belastung der Bergarbeiter, eine weitere Verminderung ihres Arbeitseinkommens zur Zeit nicht möglich ist.“

Diese Sachlage ist auch in gewissem Maße dadurch anerkannt, daß im ober-schlesischen Steinkohlenbezirk Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Schiedsrichter vereinbart haben. Schließlich läßt bei der Entscheidung ins Gewicht, daß die Verlängerung der bisherigen Lohnregelung nur für einen Zeitraum von drei Monaten vorgegeben ist und nach dieser Zeit eine neue Beurteilung der Lage stattfinden kann.“

Vor einem Riesenstreik in England?

Konflikt um Arbeitszeit und Lohn im Bergbau.

London, 26. Juni.

Die Einigungsversuche der Grubenbesitzer, monach sie die Löhne weiter garantieren wollen, wenn die Arbeiter nach dem am 8. Juli eintretenden gesetzlichen Siebenstundentag, sich mit einer Arbeitszeit von 7½ Stunden einverstanden erklären würden, sind von den Gewerkschaftsvorstellern als unzureichend bezeichnet worden. Als Hauptbedingung wird von den Gewerkschaftsvorstellern die Einsetzung eines nationalen Lohnamts gefordert, was die Grubenbesitzer aber ablehnen. Die Verhandlungen zwischen dem Kohlenausfuhr des Kabinells und den Gewerkschaftsvorstellern sind von Donnerstag auf Dienstag verschoben worden. Gleichzeitig wurde die für heute angelegte Delegiertenkonferenz der Bergarbeitergewerkschaften verschoben. Die Regierung hofft anscheinend, die Grubenbesitzer bis zum Dienstag nächster Woche zum weiteren Nachgeben bewegen zu können. Falls es nicht gelingt, die Einigung herbeizuführen, dürfte ein Streik unvermeidlich sein.

Stillelegungen in Polen.

Warschau, 25. Juni.

Infolge der Wirtschaftsnote hat eine Reihe von großen polnischen Industrieunternehmen ihren Betrieb einstellen müssen. Nach der Metallfabrik Orzeil in Bramburg und der mit französischem Kapital finanzierten Graudenger Gummi-fabrik in Bepege hat sich heute eine der größten Textilfabriken im Lodzer Bezirk, die Widzemer Manufaktur, genötigt gesehen, ihre Tore zu schließen. In der Widzemer Manufaktur waren allein gegen 7000 Arbeiter beschäftigt.

Die Pleische Verwaltung wollte 130 Beamte entlassen. Der Demobilisationskommissar willigte in die Entlassung von 79 Beamten ein. Die Mehrzahl der Entlassenen sind Reichsdeutsche und andere Ausländer.

Lohnverhandlungen für das Wurmlohngebiet sind ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer fordern Lohnabbau von 10 Proz. Kürzung der Rindergulone auf die Hälfte und mögliche Aufhebung des bisherigen Familienzuschlages. Die Gewerkschaften lehnten diese Forderungen ab. Sie sind der Auffassung, daß die Grubenbesitzer ohne Schaden zu den bisherigen Tarifen weiterarbeiten lassen können.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Gruppe Gesundheitswesen: 27. und 28. Juni Fahrt nach Strausberg — Regier. — Gruppe Handarbeit: 27. und 28. Juni Fahrt nach dem Hahnenberg. — Gruppe Hermannplatz: 28. Juni. Ziel: Treffen der Gewerkschaften. — Jugendgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: 27. und 28. Juni Wanderung nach Zossen. Treffen 27. Juni, 11½ Uhr, Potsdamer Ringbahnhalte.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Spiele im Freien ab 19 Uhr auf dem Sportplatz Humboldtheim und im Schillerpark.

Verantwortlich: Herr Postill: Viktor Schiff; Schriftföhr: G. Ringelbäcker; Gewerkschaftsberatung: A. Steiner; Revueleiter: Dr. John Schifowski; Volontäre und Kontakts: Fritz Kerschlag; Anzeiger: Th. Glöckel; Journalist in Berlin, Verlag: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin SW 68, Hindenburgstr. 1, Bureau 1, Cellar.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonntag, den 28. Juni, vormittags 9½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25 (Saal 1)

Branchen-Versammlung

aller Kolleginnen und Kollegen der Walzwerk-, Blei-, Drahkabel-, Papierrohr- und Bleirohr-Fabrikation sowie der Plattenabzieher des graphischen Gewerbes

Tagesordnung: 1. Die Lage in der Schmelzindustrie und Textilfabrik. Referent: Rüdiger Dührig. 2. Branchenorganisationen und Persönlichkeiten. Mitgliederbuch legitimiert. — Es ist Pflicht aller Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Die Beamtenfrage.

Auf dem Verbandstag der Eisenbahner.

Hamburg, 26. Juni.

Der Verbandstag der Eisenbahner behandelte am Freitag die Beamtenfrage. Kramer vom Vorstand beleuchtete die Auswirkungen der Notverordnung. Die Gehälter sollen so gekürzt werden, daß sie die Höhe im Reich nicht übersteigen. Dann sollten aber auch die schlechteren Gehälter auf eine angemessene Höhe gebracht werden. Die Beamten können sich nicht wehren, weil sie

nicht die richtige Organisation

haben. Wenn die Reichsbahn keine Bindungen durch das Recht hätte, dann wäre es um die Reichsbahnbeamten noch schlechter bestellt. Die Forderung der Arbeiterschaft auf Herabsetzung der Arbeitszeit muß auch für die Beamten maßgebend sein, auch dann, wenn dabei eine Einbuße am Einkommen eintritt. Bei allen Fragen ist die Mitbestimmung eine Hauptsache. Leider steht ein großer Teil der Beamten dieser Frage teilnahmslos gegenüber. Die Auffassung der Reichsbahnverwaltung in Fragen der Nebenbeschäftigung ist abwegig. Die Übernahme einer Funktion in einer Organisation ist keine Nebenbeschäftigung. Nur gemeinsame Arbeit mit der Arbeiterschaft kann die Beamtenchaft vorwärts bringen.

gemeinsame Arbeit im Einheitsverband.

In der Aussprache erklärt Weiß-Poffau, daß unter den Beamten noch ein großer Mangel herrsche. Das seien Überbleibsel aus jenen Zeiten, wo noch Länderbahnen bestanden hätten und es den Beamten und Arbeitern verboten war, einer Organisation anzugehören. Halm-Holle: Die Beamten werden durch die dritte Gehaltskürzung endlich erkennen, wozu sie gehören. Breuer-Gießen, Dittforth-Erfurt, Weise vom Hauptbeamtenrat, Oderwald-Kassel, Kirshof-Dresden, River-nagel-Köln fordern freie Arztwahl, klare Stellung zu den Zulagen, Gutmachung des Unrechtes, das den Hilfsbeamten geschieht ist, Erziehungsarbeit, Ablehnung des jetzigen Beamtenentgesetzes, usw. Vier Wochen Mussoliniregierung oder ein fünf-jähriges Regime wie in Rußland würde der Beamtenchaft schnell die Augen öffnen.

Kunze vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund teilt mit, daß es

668 verschiedene Beamtenverbände

gibt, davon im Eisenbahnbetrieb allein 59, denen nur eine freie Gewerkschaft gegenübersteht. Durch diese Zerstückelung, bedingt Kunze, kommen die Beamten nicht vorwärts. Es ist auch ein Hindernis, mit einer unfreien Gewerkschaft den Stog des Sozialismus erkämpfen zu wollen. Jeder Sozialdemokrat muß Mitglied einer freien Gewerkschaft sein. Dann ist die Bahn frei für den Fortschritt!

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter.

Stuttgart, 26. Juni (Eigenbericht).

Es war sicher ein guter Entschluß des Vorstandes des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter, das Thema: die Bedeutung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, auf die Tagesordnung zu setzen und dafür den Leiter der Bundeschule des ADGB, in Bernau, den Genossen Dr. Seelbach, zu gewinnen. In seinem vorzüglichen Vortrag berichtete er über die

Erfahrungen an der Bundeschule Bernau

und anderswo. Nachdem der Referent das Wesen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit herausgearbeitet hatte, leitete er die Bedeutung derselben nach folgenden Gesichtspunkten zusammen: Gewerkschaftliche Bildung ist Zweckbildung. Sie will die gewerkschaftliche Betätigung wirksamer gestalten. Sie erfaßt den ganzen Menschen und verpflichtet ihn zur sozialen Betätigung. Wie die gewerkschaftliche Arbeit immer wieder an einen Punkt kommt, der ihn in Konflikt mit der bestehenden Wirtschaftsordnung bringen muß, so muß auch die

Unanständige Journalistik.

Angriffe des „Berliner Tageblatt“ gegen Dr. Baade.

Im „Berliner Tageblatt“ wird seit Jahren ein Privatkrieg gegen die öffentliche Getreidewirtschaft im allgemeinen und gegen den Genossen Dr. Baade im besonderen geführt. Wir haben diese Journalistik des Herrn Topf bereits früher einmal angeprangert (siehe „Vorwärts“ vom 17. Januar). Daß dies vergeblich gewesen ist, zeigen die jüngsten Berichte des „Berliner Tageblattes“ über den Roggenuntersuchungsausschuß. Wir berichteten bereits am Donnerstagsmorgen, daß in der Schlußsitzung des Untersuchungsausschusses durch einen illegalen Ueberfall der volksparteilichen Mitglieder ein kommunistischer Agitationsantrag gegen Dr. Baade angenommen worden ist, der im trassiesten Widerspruch zu dem gesamten Schlußbericht des Ausschusses und zu den Feststellungen des Ministers steht. Der Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“ hält diesen kommunistischen Agitationsantrag offenbar für das eigentliche Ergebnis des Untersuchungsausschusses, denn er bringt ihn in großer Aufmachung, während er die völlig entgegengesetzten sachlichen Feststellungen des Ausschusses im wesentlichen verschweigt. Auch teilt er mit, er habe nicht feststellen können, ob die anwesenden Vertreter der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Staatspartei gegen diesen kommunistischen Antrag stimmten oder sich der Stimme enthielten. Nun, diese Parteien haben selbstverständlich gegen diesen Antrag gestimmt, wie jeder Anwesende wohl beobachten konnte!

Nicht weniger ungewöhnlich vom Standpunkt des journalistischen Anstandes ist folgender Fall: Im „Berliner Tageblatt“ vom 21. Juni war in einem Artikel „Finanzgenies der Roggenstüftung“ die alte Lüge wieder aufgewärmt worden, Dr. Baade hätte zur Verteidigung der Roggenstüftung eine Artikelserie in der „Deutschen Tageszeitung“ geschrieben und dabei auch den „Vorwärts“ und Genossen Otto Braun angegriffen. Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes hat Genosse Baade dem Tageblatt auf den letzten Artikel folgende Berichtigung geschickt:

„Im „B. T.“, Nr. 228 vom 21. Juni, wird in dem Artikel „Finanzgenies der Roggenstüftung“ behauptet, ich hätte bestimmte Ansichten in Zeitungsartikeln in der großagrarischen „Deutschen Tageszeitung“ vertreten. Dabei hätte ich scharfe Angriffe gegen keine Kritiker von rechts und links erhoben, zu denen ich auch den „Vorwärts“ zählte und zu denen auch Otto Braun gehöre. Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie, dies richtigzustellen.“

Ich habe niemals in der „Deutschen Tageszeitung“ Artikel veröffentlicht, auch ist es unrichtig, daß ich, wie in früheren Artikeln des „B. T.“ behauptet worden ist, für eine Artikelserie über die Roggenstüftung, die im Herbst 1930 in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlicht worden ist, die Verantwortung trage.

Die „zuständige Stelle“, von welcher die „Deutsche Tageszeitung“ damals diese Artikel erhalten hat, war weder die DGH, noch der Reichskommissar bei der DGH, sondern eine Dienststelle beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, die mir in keiner Weise unterstellt ist und für die ich daher keinerlei Verantwortung trage.“

Diese unter Berufung auf das Pressegesetz überfandte Nichterwähnung hat das „Berliner Tageblatt“ nicht abgedruckt, wohl aber dagegen polemisiert. Diese Feststellung gemißt wohl zur Kennzeichnung.

Die Hehe.

Wie man Parlamentariern Gewinne andichtet.

In der „Deutschen Zeitung“ richtet der Kunstkritiker Paul Schorlich, den man vor Jahrzehnten als Raumannhänger in einer anständigeren Atmosphäre sich bewegen sah, einen Wutanfall gegen den preußischen Kroll-Ausschuß. Daß Herr Schorlich mit den sachlichen Ergebnissen dieses Ausschusses nicht zufrieden ist, weiß die von der Rechten erhofften sensationellen Enthüllungen gegen die Volksbühne und die preußische Regierung ausgeblieben sind, begreifen wir. Die Hehe aber, die der enttäuschte Kritiker bei dieser Gelegenheit gegen das Parlament als solches übt, soll hier niedriger gehängt werden. Herr Schorlich kann es sich nämlich nicht verkneifen, mit Reibausbrüchen gegen die „hohen Dämonen“ folgendermaßen zu beginnen:

Die „Untersuchung“ dieses mit großem Trara eingesehten Ausschusses, den man ursprünglich sogar mit 29 (!) Mitgliedern belegen wollte, ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Mehr als ein Duzend Abgeordnete haben sich bei einer dicken Zigarre über die Dinge unterhalten, vermutlich sogar recht gut unterhalten, und haben für diese ihre aufreibende Tätigkeit ein hübsches Sümmchen jener Anwesenheitsgelder eingestekt, die sich die Landtagsabgeordneten in weißer Voraussicht kommender schwieriger Zeiten kleinerzeit selber bewilligten. Da der Ausschuß bald ein Vierteljahr getagt hat, dürfte die Sache wieder einen ganzen Wagon gekostet und andererseits den Teilnehmern eingebracht haben.

Wir sind in der Lage, über die enormen Verdienste der Ausschußmitglieder eine genaue Rechnung aufstellen zu können: Der Untersuchungsausschuß hat im ganzen 9 (neun) Sitzungen abgehalten, davon 7 (sieben) Tagesitzungen, 2 (zwei) Abenditzungen. Für die Tagesitzungen erhielten die Mitglieder den Diätenatz von zehn Mark pro Sitzung, für die Abenditzungen nichts. Von diesen zehn Mark hat der Abgeordnete seine Verpflegung während des Sitzungstages, die er nur im Restaurant zu sich nehmen kann, zu bestreiten; falls er von auswärts kommt, auch noch sein Nachtquartier und die Verpflegungskosten der hin- und Rückreise. Da die sieben Sitzungstage nicht hintereinander lagen, so kamen Hin- und Rückreise mehrfach in Frage. Für alles dieses, für eine Woche Aufenthalt in Berlin nebst mehrfachen Hin- und Rückfahrten 70 (siebzig) Mark pro Kopf, das ist allerdings eine erschreckliche Geldverdienerei!

Das Tollste an der Sache aber ist, daß dieser gewiß überflüssige Untersuchungsausschuß auf Antrag der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten, also der politischen Rechten, deren Vertreterin die „Deutsche Zeitung“ ist, eingesetzt wurde. Und nun jammert sie über Verschwendung!

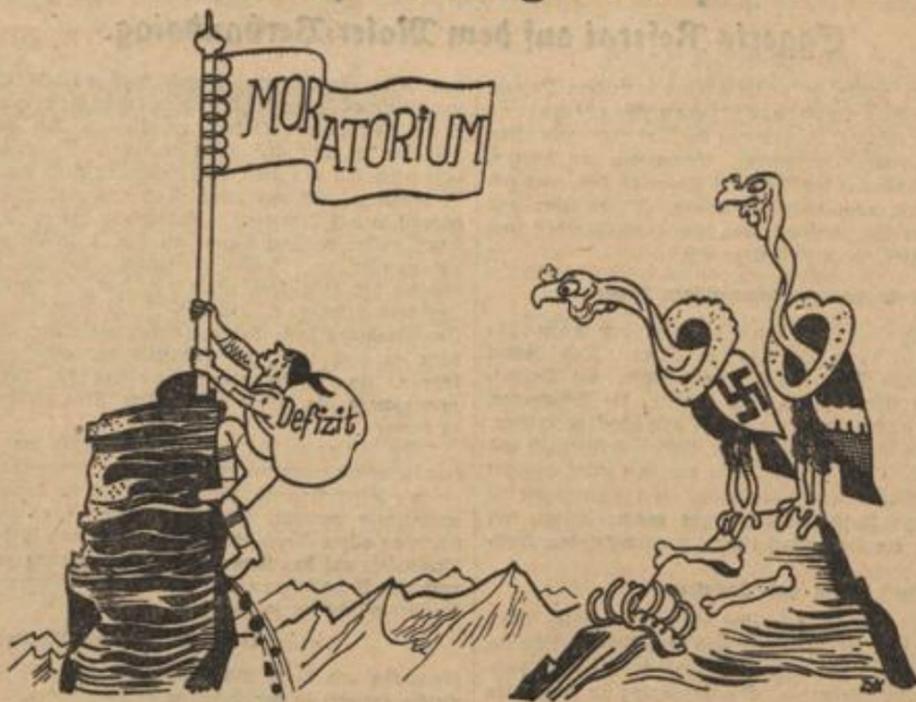
Streliger Satyrspiel.

Anschlußablehnung trotz Lebensunfähigkeit.

Neustrelitz, 26. Juni.

Nachdem sich bei der Aussprache über die Anschlußvorlage der Mecklenburg-Strelitzer Regierung am Donnerstag und Freitag herausgestellt hatte, daß eine Mehrheit für den Anschluß des Landes an Preußen nicht erreicht werden würde, hat heute Abend die Strelitzer Regierung die Anschlußvorlage zurückgezogen. Es hat deswegen keine Abstimmung über den Anschluß stattgefunden. Der Anschluß selbst ist nach dem Ergebnis der heutigen Landtagsitzung als gescheitert anzusehen. Mecklenburg-Strelitz wird also das Anschlußangebot Preußens ablehnen.

Die Hasgeier.



„Schade, er schafft es. Und wir hatten schon so stark gehofft, er würde abstürzen.“

Die Rache der Tscheka.

Verfolgung der Nichtgesteher. — Hungerstreik.

Die Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokratie hat aus Moskau die Nachricht bekommen, daß einer der gefangensitzenden Sozialdemokraten, Dr. Wittens, in den Hungerstreik getreten ist, der schon über 2 Wochen dauert.

Dr. Wittens war mit unzähligen anderen Sozialdemokraten gelegentlich des berüchtigten Prozesses vor 6 Monaten verhaftet worden. Wie alle anderen Sozialdemokraten — mit der einzigen Ausnahme: Iow — ließ er sich weder durch Drohungen, noch durch Lockungen der GPU dazu verleiten, die Lügen der Anklage zu bestätigen. Unter den damals Angeklagten war auch der Schwager des Dr. Wittens, Scher.

Nun übt die GPU an den Sozialdemokraten, die sich vor ihr nicht gebeugt hatten, Rache. Unter anderem ist Martows Bruder, Ejom-Zederbaum, der seit 1921 ununterbrochen durch Gefängnisse und Verbannungsorte wandern muß, zu 10 Jahren Einzelhaft „verurteilt“, seine Frau Sacharowa und ein alter, beinahe 70jähriger Genosse Tischerewanin zu 5 Jahren usw.

Wahrlich heldenhaft ertragen diese Genossen ihr grausames Los. Die bolschewistische Presse spricht nur von dem einzigen, den die

GPU zu brechen verstanden hat, schweigt sich aber aus über die Ungebrochenen, die in der Stille der Folterkammer ihre Gesundheit und ihr Leben ihren Ueberzeugungen zum Opfer bringen und deren es so viele in der russischen Sozialdemokratie gibt. Die Partei, der man mit solcher Hingebung dient, kann auf ihre Helden stolz und ihrer Zukunft sicher sein!

Sowjetportier im Hungerstreik.

Er will nicht raus.

Kowno, 26. Juni. (Ost-Expres.)

Die Sowjethandelsvertretung in Kowno hat ihrem Portier verschiedener Streikigkeiten wegen gekündigt. Der Portier weigerte sich, seine Dienstwohnung zu verlassen und erklärte, in ihr in einen Hungerstreik treten zu wollen. Er schloß alle Türen ab und war zu keiner Verständigung zu bewegen. Nachdem dieser „Belagerungszustand“ vier Tage gedauert hatte, während welcher Zeit der eigenförmige Portier angeblich gar keine Nahrung zu sich genommen hat, wandte sich die Handelsvertretung an die Polizei, die die Türen gewaltsam öffnen ließ und den Portier verhaftete.

Große Koalition in Baden.

Deutsche Volkspartei in die Regierung eingetreten.

Karlsruhe 26. Juni (Eigenbericht).

Die sozialdemokratische Fraktion des Badischen Landtags hat am Freitag der Erweiterung der aus Zentrum und Sozialdemokratie bestehenden badischen Regierungskoalition durch Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei zugestimmt. Der Sitzung wohnte der Landesvorsitzende und als Vertreter des Parteivorstandes Hans Vogel-Berlin bei. Die Verteilung der Ministerposten wird so erfolgen, daß das Zentrum zwei Sitze — Äußerer und Kultus, bisher Finanz- und Innenministerium — die Sozialdemokratie, die bisher das Kultusministerium innehatte, das Innenministerium übernimmt und einen Staatsrat erhält und die Deutsche Volkspartei das Finanzministerium, das bisher das Zentrum besetzt hatte.

Die sozialdemokratische Fraktion rechtfertigt ihre Haltung in folgender Entschlieung: „Seit der Staatsumwälzung ist die badische Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion war einer Erweiterung der Regierung grundsätzlich nie abgeneigt. Sie hält auch heute noch die Bildung der sogenannten Großen Koalition für das zweckmäßigste. Mangelnde Verantwortlichkeit jedoch und politische Kurzsichtigkeit sind die Gründe, welche die Demokraten veranlassen, einer solchen von ihnen selbst erstrebten Regierungsbildung fernzubleiben. Die Stellung der Demokraten kann aber die Politik der Sozialdemokratie nicht beeinflussen. Sie lehnt es ausdrücklich ab, ihre Stellungnahme von derjenigen einer anderen Partei abhängig zu machen. Dagegen würdigt sie die gegen eine Erweiterung der Regierung in der gegenwärtigen Zeit angeführten Gründe. Trotzdem glaubt die sozialdemokratische Landtagsfraktion, daß den Interessen der arbeitenden Bevölkerung besser gedient ist, wenn die Sozialdemokratie auch künftig in der durch die Liberalen erweiterten Koalition vertreten ist. Dabei unterstellt sie, daß die bisherige politische und soziale Linie in vollem Umfange beibehalten bleibt.“

Der bisherige sozialdemokratische Unterrichtsminister Dr. Remmelscheidet bei der Umbildung der Regierung aus dem Kabinett aus, da er ohnedies die Absicht hatte, im Spätherbst sein Ministeramt zur Verfügung zu stellen. Als Remmelscheids Nachfolger wird die Landtagsfraktion bei der Regierungsumbildung den Staats-

rat und Vizepräsidenten des Landtags Emil Maier zum Innenminister vorgeschlagen. Als Staatsrat bringt die sozialdemokratische Fraktion den Abgeordneten Rüdert in Vorschlag.

635 Millionen Steuerrückstände.

Steueraufkommen unter Krisendruck.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag jetzt wieder Ueberlichten über den Stand der Erhebung und Beitreibung von Besitz- und Verkehrssteuern sowie von Zöllen und Verbrauchsabgaben zugehen lassen.

Danach betrug das Gesamtsteueraufkommen am 1. April d. J. einschließlich 126 Millionen Mark Aufbringungsleistungen 2,09 Milliarden gegenüber 2,17 Milliarden Mark am 1. April 1930. Es ist also seit dem 1. April d. J. ein ständiger Rückgang im Steuerertragsaufkommen — seit dem 1. April 1930 um 258 Millionen Mark — festzustellen.

Die Rückstände betragen Anfang April 1930 rund 533 Millionen, am 1. Oktober über 597 Millionen, einschließlich 23 Millionen Aufbringungsleistungen, und am 1. April d. J. einschließlich der 36 Millionen Aufbringungsleistungen 635 Millionen Mark. Sie haben sich also im letzten halben Jahr um rund 38 Millionen und im Vergleich zum 1. April des Vorjahres um etwa 66 Millionen erhöht. Die gestundeten Beträge sind am 1. April d. J. im Vergleich zu dem Stand vom 1. Oktober 1930 um 37 Millionen und gegenüber dem 1. April des Vorjahres ohne die Aufbringungsleistungen um rund 55 Millionen gestiegen. Sie erreichten am 1. April d. J. die Höhe von 427 Millionen Mark, so daß fast ein Drittel der Rückstände nicht gestundet worden ist. Der Reize nach sind die Rückstände im Verhältnis zum Steuerertrag am größten in den Landesfinanzamtsbezirken Oberschlesien, Königsberg, Brandenburg, Stettin, Breslau, Karlsruhe und Köln.

Das Aufkommen an Zöllen und Verbrauchsabgaben betrug am 1. April d. J. 1572 Millionen gegenüber 1492 Millionen und 1456 Millionen an den vorangegangenen Sitztagen Oktober und April 1930. Im Vergleich zum 1. Oktober 1930 ist das Aufkommen um 79,7 Millionen gestiegen, gegenüber dem 1. April des Vorjahres um 115,5 Millionen Mark.

Die niederländischen Gemeindevahlen ergaben für die Sozialdemokratie eine Steigerung der Stimmziffer von 606 000 im Jahre 1927 auf 695 000. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder stieg von 1112 auf 1336. Außer der Sozialdemokratie vermochte nur die Römisch-Katholische Staatspartei ihre Stimmzahl zu erhöhen. Die Kommunisten erhielten wie 1927 nur 2,5 Prozent der Wählerstimmen, das sind 69 000 Stimmen gegen 63 000 im Jahre 1927.

Sieben Danziger Stahlhelmer, die am Sonntag in Uniform verhaftet die polnische Grenze bei Dirschau überfarrten hatten und festgenommen worden waren, sind zu je einem Monat Haft verurteilt worden. Der Danziger Senat hatte gegen diese Verhaftungen protestiert und vergeblich um sofortige Freilassung erfuht.

Staatliches Schauspielhaus.

Dortan: „Das nürnbergisch Ei.“

Leopold Jekner inszeniert Harlans Geschichte von der Erfindung der Taschenuhr mit der Behaulligkeit, die den Grundzug dieses oft aufgeführten Schauspiels abgibt. Ein bißchen viel Wdhle, so daß man keinen Moment daran zweifelt, im Theater zu sitzen. Das Publikum ist sehr erfreut und ruft Jekner oft und neugierig vor die Rampe. Degr.

Das 25-Pfennig-Wochenende

Am Rand des Teltow: Von Mühle zu Mühle

Wir wollen heute den Rand der Teltower Hochebene aufsuchen. Zweifellos bildet die Fläche des Teltow nicht so viele Abwechslungen wie die Havel oder die Oberpreze, aber trotzdem sollte der Berliner diese Landschaft nicht verachten. Wenn über weite Ackerfelder die sonnenbeglänzten Wolken am Himmel ziehen, dann ist auch dieses Stückchen Erde von geheimnisvollem Zauber umgeben, dem Zauber der Ebene, die zu immer neuen Tiefen lockt.

Am Rande der Hochfläche stehen heute noch wie einst Windmühlen, die mit markanten Schattenrissen sich vom Horizont abheben und ihre Flügel im Winde drehen. Wer denkt bei diesem Anblick nicht an Dehmels ergreifendes Gedicht: „Es steht ein goldenes Gartenfeld, das geht bis an den Rand der Welt. Mahle, Mühle, mahle! Es stockt der Wind im weiten Land, viel Mühlen stehen am Himmelsrand. Mahle, Mühle, mahle!“ Wir wollen heute von Mühle zu Mühle wandern und der Technik von gestern, weiten Feldern und lebenden Wolken unsere Aufmerksamkeit schenken.

Wir fahren mit der Straßenbahnlinie 47 bis zur Endhaltestelle in Rudow, die am Südausgang des Ortes liegt. Auf dem Wege dorthin fahren wir an der Siedlung Briß vorüber, die allein schon wert ist, eingehend besichtigt zu werden. Die ganze Anlage hebt sich aus dem Häusergewirr der Weltstadt wohlthuend heraus. Bald darauf grüht rechts der turmartige Schornstein des Knechtsteden Krankenhauses. Hier draußen verliert die Weltstadt bereits ihren Zusammenhalt, sie löst sich auf in Einzelgehöfte und kleinere Siedlungen. Kurz hinter dem Krankenhaus, gegenüber der von der Königsheide kommenden mit prächtigen, dicht belaubten Bäumen bestandenen Wohnstübchen Allee steht die erste Windmühle, die wir auf unserer Reise entdecken, die Rudower Mühle, die wuchtig ihre Flügel schwingt. Es ist eine Holländer Mühle mit breitem steinernen Unterbau. Bei ihr wird nur die Haube, die auch die Flügel trägt, gedreht, wenn es sich darum handelt, den geeigneten Wind richtig auszunutzen. Diese Mühlenart soll um 1550 ein Holländer erfunden haben. Aber in den Skizzenbüchern des großen Leonardo da Vinci finden wir die „holländische Mühle“ bereits mit allen bezeichneten Einzelheiten wiedergegeben. Der größte Ingenieur des Mittelalters gab auch bereits die Bremsvorrichtung an, die für diese Mühle so charakteristisch ist.

Unsere Straßenbahn ist längst an der alten Mühle vorbeigefahren. Wer etwa hier schon aussteigt, um die Mühle genauer zu betrachten hat bis zur Endhaltestelle noch etwa 3 Kilometer zurückzulegen. Kurz hinter der Endhaltestelle zweigen vier Chaussees ab. Wir wählen die am meisten links liegende, die über Waltersdorf nach Königsmusterhausen führt. Nach etwa 2 Kilometern steht links ein runder konusartiger Meisenstein: 11 Meilen bis Berlin! kündigt er dem Wanderer an. Und einen Kilometer hinter ihm stehen wir, gleich hinter der Chaussee, die links nach Alt-Glienick führt, vor der Mühle von Schönfeld, deren ganzer Bau gedreht werden muß, wenn die Flügel in den Wind gestellt werden sollen. Der pieredige Bau ist aus Holz gezimmert und ruht auf einem steinernen Fundament. Rings von der Mühle steht das bescheidene Mülterhaus und um sie herum dehnen sich die weiten Ackerfelder.

Wir fahren zu der nach Alt-Glienick führenden Chaussee zurück und wandern jetzt in nordöstlicher Richtung. Nach etwa 2 Kilometern passieren wir links den Friedhof und nach weiteren zehn Minuten stehen wir vor der alten Bockmühle, die zu den romantischsten Vertreterinnen ihrer Art gehört. In ihrer Nähe finden wir auch den Bock, eine Winde, um deren Welle sich eine Kette schlingt, mit deren Hilfe die Mühle um ihre Achse gedreht wird. Diese Mühlenart heißt im allgemeinen die „deutsche“. Die Alt-Glienicker Mühle hat ein spitzgiebeliges Dach wie ein altes Bauernhaus. Wir wandern weiter bis zur Chaussee, die rechts nach Bohnsdorf abzweigt. Nach etwa

2 1/2 Kilometern haben wir die Mühle von Bohnsdorf erreicht. Wenige Schritte hinter ihr kommen wir zur Hauptchaussee des Ortes. Wir biegen links ein, gehen an der alten Kirche vorüber und erreichen nach 2 1/2 Kilometern den Bahnhof von Grünau. Bohnsdorf gehört zum 16. Berliner Verwaltungsbezirk, dem alten Ortsteil haben sich die Siedlungen Falkenberg und Falkenhorst angeschlossen, so daß Bohnsdorf und Alt-Glienick baulich zusammengewachsen sind. Im „Vorwärts“ ist oft über das Falken-



Schönefelder Windmühle

berger Fest berichtet worden, das durch seine eigenartige Aufmachung und dem dabei entwickelten Humor wirklich verdient, hervorgehoben zu werden. Die Autobuslinie A 36 verbindet Bohnsdorf-Kirche und die im Süden der Kolonie Falkenhorst gelegene Endhaltestelle Schulzendorfer Straße mit dem Bahnhof Grünau. In Grünau hat man Anschluß an die Vorkortbahn oder kann mit der Linie 186 der Straßenbahn über Köpenick nach Berlin zurückkehren. Gesamte Weglänge ab Rudow-Endhaltestelle bis Bahnhof Grünau etwa 11 Kilometer.

Weitere Windmühlen, die nahe bei oder in Berlin am Ende des Teltow liegen, finden wir an der Chaussee Briß-Budow, etwa 1 1/2 Kilometer südlich von Briß (mit Straßenbahnlinie 29 zu erreichen), ferner südlich der Mariendorfer Rennbahn (Straßenbahn 25 und 99) und schließlich etwa 1 1/2 Kilometer vom Rathaus Zehlendorf entfernt in der Nähe der Berliner Straße (Straßenbahn 40, Autobus A 7 und 20, Wannseebahn bis Zehlendorf-Mitte).

beleidigende Väterlichkeit. Sie konnten ihr keinesfalls in dem schweren Kampf helfen, den Elly bereits seit vier Jahren führte. Seit jenem Tag, da sie begann die soziale Stellung einer Hausfrau und Gattin des Ingenieurs Schutkin einzunehmen. Der Kampf wurde mit aller Anspannung ihrer Kräfte geführt. Er verlief alle Mittel. Ernst Pawlowitsch arbeitete Überstunden, entließ das Dienstmädchen, zündete den Petroleumofen an und tochte selbst. Alles vergebens. Der gefährliche Feind zerrüttete von Jahr zu Jahr mehr den Haushalt. Vor vier Jahren nämlich, ungefähr zur selben Zeit als sie heiratete, hatte Elly bemerkt, daß sie jenseits des Ozeans eine gefährliche Konkurrentin besaß. Das Unglück traf Elly an einem besonders glücklichen Abend, als sie gerade eine sehr hübsche Crepe-de-Chine-Bluse probierte. Sie glich einer Göttin. „Ho—ho!“ rief sie und konzentrierte in diesem Menschenfresserfieber die besonders komplizierten Gefühle, die ihre Seele erfüllten. Etwas vereinfacht konnte man diese Gefühle etwa folgendermaßen ausdrücken: Wenn mich die Männer so sehen werden, die werden sich aufregen. Sie werden zittern. Sie werden hinter mir herlaufen bis ans Ende der Welt und stammelnd vor Liebe vergehen. Ist aber auch nur einer von ihnen meiner wert? Ich bin die Schönste. Und eine so elegante Bluse hat niemand auf der Welt.

Da aber ihr Sprachschatz nur dreißig Worte beinhaltete, so wählte sie den ausdrucksvollen Ruf: Ho—ho.

In dieser bedeutsamen Stunde kam Fima Soback zu Besuch bei ihr. Sie brachte den kalten Januaratem von draußen mit, und außerdem eine Modzeitschrift. Elly hielt gleich auf der ersten Seite inne. Hier befand sich die glanzvolle Photographie der Tochter des Milliardärs Vanderbilt im Abendkleid. Da gab es Pelz und Federn, eine graziöse Fassung und eine ganz aparte wundervolle Frisur.

Dies alles war entscheidend.

„Oho!“ sprach Elly zu sich. Das bedeutete: Entweder ich oder sie!

Der Morgen des nächsten Tages fand Elly beim Friseur. Hier fiel Frau Schutkins schöner schwarzer Zopf und sie ließ sich ihr Haar rot färben. Hierauf kam sie noch eine Stufe höher auf der Treppe empor, die zu dem leuchtenden Paradies führte, in der sich die Tochter der Milliardäre befanden. Sie kaufte auf Kredit ein Hundsfell, das ein Bismarck vorstellen sollte. Dieses Fell wurde zur Verdrängung einer Abendtoilette verwendet.

Herr Schutkin, der schon lange von einem neuen Zeichenbrett träumte, wurde traurig.

Gefälschte Telegramme.

Lichterfelder Verlagsbuchhändler unter Anklage.

Um die Aufklärung mysteriöser Telegramme bemühte sich das Schöffengericht Lichterfelde.

In einem Ehescheidungsprozess zwischen dem Verlagsbuchhändler S. und seiner Frau wurden beide Parteien durch Telegramme beunruhigt, die unter falschen Telephonnummern ausgegeben waren und in denen der Tod oder die schwere Erkrankung eines nahen Angehörigen mitgeteilt wurde. Auf zahlreiche Beschwerden machte die Post diesem Spud ein Ende und leitete das Strafverfahren ein. Angeklagt war nun der Verlagsbuchhändler S. wegen Urkundenfälschung und Betruges, da er die Eltern seiner Frau, gegen die er in bitterster Weise kämpfte, durch solche Nachrichten, die unter fremdem Namen gingen, beunruhigt haben soll. Jedoch behauptete der Angeklagte, daß sein Schwager auf die Anklagebaat gehöre, der im Ehescheidungskampf auf Seiten seiner Frau mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen ihn vorgegangen sei und diese gefälschten Telegramme selbst abgeschickt hätte, um ihn dann als Absender zu denunzieren. Der Schwager hätte ihm dauernd Briefe unflätigen Inhalts geschrieben. Um festzustellen, ob es möglich sei, unter einem beliebigen Telephonanruf und einer beliebigen Adresse Telegramme abzuschicken, habe er im Januar d. J. unter dem Namen des Geliebten seiner Frau an sich selbst ein Telegramm aufgegeben und es auch prompt erhalten. Eigentümlicherweise datieren fast alle gefälschten Telegramme vom 21. Februar. So liegt der Verdacht nahe, daß jenes Telegramm vom Angeklagten nicht zwecks Kontrolle der Post abgeschickt war, sondern nur, um festzustellen, daß Telegramme unter fremden Telephonnummern aufgegeben werden können. Um den Inhalt dieser gefälschten Telegramme nur einigermaßen zu charakterisieren, einige wenige Beispiele. Da heißt es z. B.: „Wo bleibt das Geld fürs Krankenhaus. Elfe (das ist die Frau des Angeklagten) in Lebensgefahr. Hohes Fieber, nur Operation kann retten.“ In einem anderen Telegramm: „Elfe nach Operation an Herzschwäche gestorben. Sendet Begräbniskosten.“ In einem dritten Telegramm: „Drückt herzliches Beileid aus.“ Ein alarmierendes Telegramm erhielt übrigens auch der Angeklagte selbst; es wurde ihm darin der Tod seiner Mutter angezeigt. Die Mutter war aber ebenfowenig tot wie seine Frau. Sollte ich mir etwa selbst das Telegramm mit der Todesanzeige meiner Mutter geschickt haben? fragte der Angeklagte.

Als die Absender der Telegramme — im ganzen waren es etwa 17 — sich weigerten, die Gebühren zu zahlen, da wurde die Postbehörde stuhig, sie erstattete Strafanzeige, man forschte nach und der Verdacht verdichtete sich gegen den Angeklagten.

Die Verhandlung makte verlagert werden. Das Gericht beschloß, die Ehescheidungsakten heranzuziehen, in denen nach Behauptung des Angeklagten eine große Zahl ähnlicher, von seinem Schwager gefälschter Telegramme beistegen sollen. Die Postbehörde wird sich aber darüber äußern müssen, ob es wirklich möglich ist, unter fremden Telephonanrufen Telegramme aufzugeben.

Die dänischen Ozeanflieger in Kopenhagen.

Kopenhagen, 26. Juni.

Die dänischen Ozeanflieger landeten um 14.10 Uhr auf dem Flugplatz Kopenhagen-Kastrup. Zur Begrüßung der beiden Dänemarkflieger hatte sich auf dem Flugplatz in Kopenhagen eine Menge von 50 000 Personen eingefunden, die den Fliegern einen begeisterten Empfang bereitet. Das Flugzeug zeigte die dänische und amerikanische Flagge. Hoiriis wurde zunächst von seiner Mutter begrüßt, die ihn mehrfach unter Tränen umarmte. Dann richtete der Vorsitzende des Empfangsausschusses herzliche Begrüßungsworte an die Flieger. Er huldigte Hoiriis als den ersten Dänen, der den Flug über den Ozean erfolgreich durchgeführt, und begrüßte Hillig als den ersten Deutsch-Amerikaner, der den Ozeanflug



6. Schlimm. — Beispielsweise anlässlich einer Begegnung mit einer guten Bekannten, „eine schlimme Begegnung“.
 7. Kindchen. — Ansprache an alle bekannten Männer, ungeachtet ihres Alters und ihrer sozialen Stellung.
 8. Befehlen Sie mich nicht.
 9. Wie ein Kind. — „Ich schlage ihn wie ein Kind.“ Wird auch beim Kartenspielen verwendet.
 10. Wunder—r—bar!
 11. Did und schön. — Wird als Charakteristik der belebten und unbelebten Dinge angewendet.
 12. Fahren wir mit der Droschke. — Wird dem Gatten gesagt.
 13. Fahren wir mit dem Taxi. — Wird den bekannten Herren gesagt.
 14. Ihr Rücken ist ganz weiß. — Ein Scherz.
 15. Und wenn schon!
 16. Ilja. — Färlische Endung der Vornamen, zum Beispiel Mischulja, Stimulja.
 17. Oho! — Ironie, Staunen, Entzücken, Hof, Freude, Verachtung und Befriedigung.
- Die weiteren Worte, die nur noch sehr spärlich existierten, waren die Verständigungsbrücke zwischen Elly und den Verkäufern der Parfümerie- und Modengeschäfte.
- Wenn man Ellys Photographie betrachtet, sie hängt über dem Bett ihres Mannes, des Ingenieurs Ernst Pawlowitsch Schutkin, so muß man sie reizend finden. Hohe konvexe Stirn, große Augen, die lieblichste Nase im Moskauer Umkreis, auf dem Kinn ein kleines, mit Tusche akzentuiertes Fleckchen.
- Ellys Wuchs zog die Männer an. Sie war klein und die unansehnlichsten Männer sahen neben ihr groß und mächtig aus.
- Was besondere Kennzeichen anlangt, so waren keine vorhanden. Elly bedurfte ihrer auch nicht — sie war schön.
- Die zweihundert Rubel, die ihr Mann monatlich in der **Handel für elektrische Lustler** verdiente, waren für Elly eine

Das mit dem Hundsfell verdrämte Kleid hatte der stolzen Wanderbiltdochter den ersten Schlag verfehlt. Hierauf bekam die Amerikanerin drei weitere Schläge knapp hintereinander. Elly erwarb bei der Pelzfirma Soichin einen Ghinillafischal — russischer, im Tuiski-Bezirk getötelter Hase —, schaffte sich einen Hut aus Argentinesilb an und ließ einen neuen Rock ihres Mannes auf ein modernes Damenjäckchen umarbeiten. Die Milliardärin wollte, wurde aber immerhin noch von ihrem liebevollen Vater gestützt.

Die nächste Nummer jener Zeitschrift enthielt vier Bilder der verfluchten Feindin in verschiedenen Variationen:

1. Mit schwarzen Füchsen,
2. ein Brillantdiadem aus der Stirn,
3. in Aviatikerdress — hohe Lackstiefel, grüne Jacke, die Handschuhe mit mittelgroßen Brillanten ausgelegt, und
4. in Balltoilette — eine Flut von Schmutz und ganz wenig Seide.

Elly mobilisierte alles. Schutkin nahm ein Darlehen auf. Mehr als dreißig Rubel borgte man ihm aber nicht. Dieser neue mächtige Kräfteaufwand vernichtete den Haushalt von Grund aus. Man hatte nach allen Richtungen zu kämpfen. Und unlängst hatte es wieder neue Photoaufnahmen der Miß gegeben — in ihrem neuen Schloß in Florida. So blieb nichts anderes übrig, als daß sich auch Elly neue Möbel anschaffte. Sie kaufte zwei weiche Stühle in der Auktion. Ohne ihren Mann zu fragen, entnahm sie den Betrag dem Geld für den Haushalt. Bis zum fünfzehnten waren noch zehn Tage und sie besaßen nur noch vier Rubel.

Elly kam mit ihren Stühlen elegant in der Worfonoffgasse angefahren. Ihr Mann war nicht zu Hause. Er kam übrigens bald und schleppte seine Aktentasche, Koffergrößen, unterem Arm.

„Der düftere Gatte ist gekommen“, sagte Elly sehr vernehmlich. Sie sprach immer vernehmlich und die Worte sprangen ihr wie Erbsen aus dem Mund.

„Guten Tag, Helenechen, und was ist denn das? Wo kommen diese Stühle her?“

- „Ho—ho!“
- „Rein, wirklich?“
- „Wunder—r—bar!“
- „Ja. Die Stühle sind hübsch.“
- „Se—ehr gut!“
- „Hat dir sie jemand geschenkt?“
- „Oho!“

(Fortsetzung folgt.)

Sonntag, den 28. Juni besuchen alle Genossen und Genossinnen den „Rast“ (Reichsarbeitersporttag) IM GRUNEWALD-STADION!

von Amerika nach Dänemark unternommen habe. Darauf erfolgte in 50 Wagen der Einzug in die Stadt, die geflaggt hatte. Menschenmengen hielten die Straßen besetzt. Im Rathaus wurden die Sieger von dem Oberbürgermeister namens der Stadt begrüßt.

Magistratsrat über Scheuen.

Er hatte gegen Straube starke Bedenken.

Lüneburg, den 26. Juni 1931.

Am heutigen Verhandlungstage im Scheuener Fürsorgeprozeß war die Aussage des Zeugen Obermagistratsrats Knauth von besonderer Bedeutung.

Knauth kennt Straube seit 1926. Nach dem Wunsche des Landesjugendamtes sollte das Landeserziehungsheim Scheuen ein Uebergang zum freien wirtschaftlichen und sozialen Leben sein. Knauth hatte Bedenken wegen der Uebertragung der Leitung an Straube. Es fehlte ihm nach seiner Ansicht die Erfahrung auf dem schweren Gebiet der Fürsorgeerziehung. Seine Vorgesetzte, Frau Wehl, indessen schätzte Straube sehr und hatte unbegrenztes Vertrauen zu ihm. Leider kamen schon Ende 1927 Klagen. Nach Meldungen an die Zentrale, die u. a. auch von Dr. Ribbenbruch ausgingen, war häufig das Verbot körperlicher Züchtigung überschritten. Frau Wehl ist nach Aussage des Zeugen damals nach Scheuen gefahren, hat aber die Sache als unerheblich angesehen. Nach Erscheinen des Kampfbuches hat dann Knauth dem Direktor Straube seine ernste Mißbilligung ausgesprochen. Schon 1927 nahm er Veranlassung, eine strengere Vorschrift gegen die Ungehorsamkeit zu erlassen. 1928 und 1929 wurden weitere Mißhandlungsfälle bekannt. Knauth sagt, er habe die Fälle durch persönlichen Augenschein und Gegenüberstellen der Jungen klären wollen, während Frau Wehl Erörterungen in der Direktorenkonferenz für ausreichend hielt. Knauth hat Straubes Verlangen, ihm unter gewissen Umständen das Recht der körperlichen Züchtigung einzuräumen, strikt abgelehnt. Er schließt seine Ausführungen mit den Worten: Mit Schrecken habe ich dann aber wahrnehmen müssen, wie wenig Straube sich nach meiner Anordnung richtete.

In der Nachmittagsverhandlung gab Obermagistratsrat Knauth eine Schilderung über seine Wahrnehmungen nach der Revolte. Die Stimmung der Jungen sei heiter, fröhlich und verträglich gewesen. Obwohl er sie ausdrücklich nach Verletzungen gefragt hatte, sei ihm weder von den Jungen noch von Straube jemand angegeben worden. Um so erschütterter sei er daher gewesen, als er von dem Fall Hoffmann erfahren habe. In der Erörterung darüber habe er sofort angeordnet, daß Straube Scheuen verlasse. Auf verschiedene Fragen der Verteidigung erklärte es der Zeuge für ausgeschlossen, daß Straube in Raimehr gehandelt haben könne.

Die Verhandlung wurde dann auf Sonnabend vertagt.

Schluß mit dem Terror!

Der Razi-Überfall am Magdeburger Platz.

Der Ortsverein Tiergarten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold schreibt uns: Durch die Presse ging bereits die Nachricht von dem schweren Zusammenstoß, der sich am Dienstagabend in der Nähe des Magdeburger Platzes zwischen unseren Kameraden und Nationalsozialisten abgespielt hat. Zwei unserer Kameraden liegen schwer verletzt im Elisabeth-Krankenhaus. Dieser Zusammenstoß ist der vorläufige Höhepunkt des Kleinrieges, den die Nazis seit einigen Wochen in den proletarischen Teilen des „Alten Westens“ führen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Razi-Überfall auf Reichsbannerleute oder Mitglieder republikanischer Organisationen gemeldet wird. Wir halten es für unsere Pflicht, in der Öffentlichkeit festzustellen, daß der Ausgangspunkt derartiger Überfälle stets das Afrika-Kasino und das Lokal Wettermann sind. Weiter stellen wir fest, daß vor dem Afrika-Kasino an der Ecke der Lützow- und Potsdamer Straße eine Droschken-Haltestelle ist, an der nationalsozialistische Taxiführer halten. Am Dienstagabend führten unsere Kameraden SA-Leute in Droschken nach, die ihren Tagemeier nicht eingesteilt hatten. Diese Beobachtung wird in allen Stadtteilen gemacht.

Auch am Mittwochabend war es in dem betreffenden Stadtteil sehr unruhig. Reue Zusammenstöße konnten nur durch starke Polizeistreifen verhindert werden. Das Reichsbanner hat alle Gegenmaßnahmen getroffen, um seine Kameraden und die Republikaner des „Alten Westens“ vor neuen Terrorakten zu schützen.

Gemeindeschüler auf dem Flugplatz.

Am Eingang zum Flughafen harret ungeduldig eine Gesellschaft kleiner Leute auf Einlaß. Jungen und Mädchen von der Gemeindeschule Lichterfelde sind es! Endlich öffnet sich die Tür zum Paradies, das in diesem Fall Flugzeuggruppen heißt. Nun geht es in den Sturm der Beschäftigung der heilsehnten Herrlichkeiten. Ein großer, stämmiger Herr stellt sich den jugendlichen Fachleuten vor, Flugkapitän Limbach, der das Erläuterungsamt übernommen hat; und er zeigt einen 300-PS-Motor, dessen Schraube 1550 Drehungen in der Minute macht, er erklärt ihnen die Arbeit der beiden Benzinpumpen, der Kolben und was eben alles sonst noch dazu gehört. Höchst interessiert hört alles zu, sachkundige Fragen werden dazwischen geworfen, Mädels und Jungen sind gleich eifrig bei der Sache. Zwischendurch guckt man sich neugierig nach allen Seiten um, denn vor überall surrt es und drummt es, da fährt gerade eine Maschine los und dort drüben hat eben ein kleiner Steppke den „G 88“ mit einem wahren Freudenstrei entdeckt. Nun geht es weiter zu einer großen Maschine, die gründlich von außen und innen besichtigt wird, man erfährt von der dreifachen Steuerung, dem Höhen-, Seiten- und Tiefsteuerer; und von der Inneneinrichtung ist man ebenfalls restlos begeistert. Da ist denn doch das kleine Ding, was man da im Arme trägt und das einem schon als der Inbegriff kompliziertester Konstruktion erschien, das selbstgebaute Flugzeugmodell, ein wenig mickrig gegen all diese Riesentiere. Nun packt der Lehrer aus seiner Mappe auch noch die Zeichnungen aus und zeigt sie dem Flugmann, aber alle die Zeichner und Konstrukteure sind mit einem Male so kleinlaut geworden, sie sind jetzt von ihrer Arbeit gar nicht mehr begeistert. Frohe Kinderaugen durchleuchten das Wirklichkeitsgewordene Band ihrer flugtechnischen Träume...

Ein Chauffeur, der schläft. In der Stadt Lake Hopalong im Staate New Jersey der Vereinigten Staaten von Nordamerika, fuhr ein Chauffeur, der auf dem Lenkfeld eingeschlafen war, in eine Gruppe von Straßenpassanten, von denen sechs so schwer verletzt wurden, daß sie alsbald starben.

„Aktentasche mitbringen!“

Wie Ladenplünderungen systematisch organisiert werden.

Die kommunistischen Blätter sprechen immer wieder von „spontanen“ Plünderungen: hungernde Burschen fänden sich zusammen und holten aus Lebensmitteläden gerade soviel, wieviel sie zur Stillung ihres Hungers benötigten. Die „Plünderer“ holten natürlich im Gerichtsfall nicht und reden den kommunistischen Blättern nach dem Munde.

Eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Weeding löstete aber gestern einen Teil des Organisationsgeheimnisses dieser „spontanen“ Plünderungen. Zwei junge Burschen, P. 23 Jahre alt, S. 18 Jahre alt, beide arbeitslos, drangen am 6. Juni gemeinsam mit etwa 10 anderen Burschen in das Lebensmittelgeschäft von Thümann, Reinholdsdorf-Ost, ergriffen Würste, Schinken, Büchsen mit Sardinen und stüchteten zur Laubentkolonie. Sieben „Plünderer“ wurden hier von Ueberfallkommando gestellt. Die beiden Angeklagten bestritten auch gar nicht, im Laden gewesen zu sein. P. lehnte eine Erklärung darüber, wie er an der „Aktion“ teilgenommen habe, ab; er dürfe dafür seine Gründe gehabt haben. S. war dagegen gesprächiger: er spielte gerade Fußball mit einem 17jährigen Freund, da trat an ihn ein Bursche heran, sagte, er hätte Hunger, gehe sich in den Laden etwas holen und forderte ihn auf, mitzukommen. S. forderte seinerseits wieder seinen Spielkameraden auf, ihn zu begleiten. Dieser 17jährige wurde als Zeuge gehört; seine Aburteilung wird wohl vor dem Jugendgericht stattfinden. Es gab auch noch einen zweiten 17jährigen Zeugen, der mitgemacht hatte, und von diesem erfuhr man, daß ein älterer Mann — bei der Plünderung war noch ein zweiter älterer Mann dabei —

ihn eingeladen habe, zu einer festgesetzten Zeit an der Plünderungsaktion teilzunehmen; eine Aktentasche sollte er mitbringen.

Das war also die „spontane“ Plünderung. Das gleiche Bild „spontaner“ Plünderung haben auch neuerlich zwei Gerichtsverhandlungen vor dem Schöffengericht Weeding gezeigt. Auch in jenen Fällen war das Arbeitsamt der Ausgangspunkt der Aktion.

Abschied vom Propellerwagen.

Von Berlin nach Düsseldorf.

Der Krutzenbergische Propellerwagen fuhr gestern früh um 4 Uhr 25 von Bahnhof Stadion-Grünwald über Charlottenburg, Bighten nach dem Betriebsbahnhof Grünwald, wo nach einhalbstündigem Aufenthalt um 5 Uhr 30 nach einem besonders ausgearbeiteten Plan die Fahrt über Magdeburg, Hagen, Wuppertal nach Düsseldorf angetreten wurde. Auf dieser Strecke darf der Propellerwagen nur eine Höchstgeschwindigkeit von 90 Kilometer erreichen, um entgegenkommende Züge nicht durch Scheintrag zu gefährden. Um 7 Uhr 28 traf der Wagen auf dem Bahnhof Magdeburg ein und fuhr nach drei Minuten Aufenthalt in Richtung Halberstadt weiter.

Pünktlich um 13,50 Uhr traf der Wagen auf dem Bahnhof Düsseldorf-Deerendorf ein. Er wurde von einer viel tausendköpfigen Menschenmenge, die schon lange vor Ankunft auf den Straßen längs des Bahnkörpers und auf den Bahnübergängen gewartet hatte, stürmisch begrüßt.

Deutsch-französisch-belgischer Schüleraustausch.

Wie in jedem Jahre, so auch in diesem, hat die Deutsche Liga für Menschenrechte den Schüleraustausch organisiert. Während dieser bisher auf Frankreich beschränkt war, gelang es in diesem Jahre den Schüleraustausch auch auf Belgien zu erstrecken. Trotz der politischen Schwierigkeiten, die die Schüleraustauscharbeiten erschweren, ist es möglich gewesen, etwa 125 Austauschgesuche mit Frankreich und etwa 30 Austauschgesuche mit Belgien zustande zu bringen. Außerdem schickt die Liga 26 Mädchen nach einem in der Nähe von Versailles gelegenen Schulheim, um ihnen Gelegenheit zu geben, mit französischen Schülerinnen in Verbindung zu treten. Auch nach der Wirkungsstätte des französischen Pazifisten Marc Sagnier, der in Bierville seit kurzer Zeit eine Friedensschule unterhält, werden eine Anzahl von Schülern und Schülerinnen hingehen.

Markthändler auf der Propagandafahrt.

Von einem sonderbaren Straßenumzug, der mit Musik und allerhand Behältnissen durch die Hauptverkehrsstraßen zog, wurden die Einwohner des Bezirks Lichterberg überrascht. Autos und Pferdebesten, davon viele mit Girlanden geschmückt und großen Transparenten, voran eine lustige Musikkapelle, das war schon genug, um Aufsehen zu machen. Auf den Schildern las man dann auch die Beweggründe, die dieser Demonstration zugrunde lagen: „Kauft auf den Lichterberger Wochenmärkten!“ — „Schon eure Urgroßmutter kaufte auf den Wochenmärkten!“ — „Wer sparen will, kauft auf den Wochenmärkten!“ Die Lichterberger Markthändler, die in den Zeiten der Not zu dieser ungewöhnlichen Propaganda griffen, dürfen des Erfolges gewiß sein, wenn sie besonders den Text des einen Schildes wahrzunehmen verstehen: „Wer billig kaufen will, kauft auf den Wochenmärkten!“ Bis nach Stralau ging die Reklamefahrt.

Shakespeare im Naturtheater.

Nachdem der tolle Puck sommernachtsstrunkenen Liebesleuten allerhand Schabernack gespielt hat, hüpfen nun Gevatter Schellenkappe, Gräfin Olivia Rarr, durchs sommerliche Wiesengrün. Shakespeares „Was ihr wollt“ spielt man jetzt im Naturtheater Friedrichshagen mit viel Geschick. Ob nun der etwas mohndooße Junter Bleichenwang mit seinem vermeintlichen Gegner, dem in Edelmannsfeldern stehenden, heftig zitternden Fräulein Biola die Künste kreuzt, oder sein weinlicher Oheim Rülp derb Späßchen macht, ob die verschiedenen Liebesleute ewig genasführt werden, oder der urkomische Maiwols gelbestrumpft einherstapelt. Adolf Calvo war ein schwermütig blinder, zum Schluß aber um so heiterer Herzog Orsino; seine unglückliche Liebe Olivia (Dorothea Constanz) schenkt ihr sprödes Herzchen dem hübschen Sebastian (Ernst Venari) und mit seiner Schwester Biola Neigung zum Herzog schließt sich alle Liebesqual zum glücklichen Ende. Der Narr (Egbert v. Klipping) war Postillon d'amour, dabei konnte er am besten stets das machen, was er nicht soll. Ein echtes, fröhliches Sommergehehen; ein hübscher Abend in freier Natur, der allen viel Spaß machte.

Damit soll gegen die verzweifelte Lage der jungen Leute kein Wort gesagt sein. Beide Angeklagten sind ja seit zwei Jahren arbeitslos, sie erhalten 10 bzw. 11 Mk. die Woche Wohlfahrtsunterstützung und führen den Eltern, bei denen sie wohnen, 3 Mk. wöchentlich für Logis ab. Die Akten des Jugendamtes wissen über beide wenig Günstiges zu erzählen; der eine ist bereits wegen Widerstands, der andere wegen Nötigung und Beamteneubelidigung verurteilt. Was sagte aber der Verteidiger, Justizrat Dr. Broh: Die Angeklagten befanden sich im Rasian; wenn der Staat nicht in der Lage ist, Arbeit und Essen zu geben, so sind eben hungernde berechtigt, die notwendigsten Bedürfnisse durch unmittelbare Wegnahme von Lebensmitteln zu befriedigen; der Staat hat kein Recht, diese Leute zu bestrafen, wenn er ihnen nicht essen geben kann; es liegt nicht Landfriedensbruch, sondern Diebstahl vor und zwar Minderdiebstahl. Außerdem, wie die des Herrn Justizrats — sie werden ja auch in kommunistischen Blättern kolportiert — sind nichts anderes als Anforderungen zu weiteren Plünderungen. Die Zehe haben dann die jungen Leute zu bezahlen. Das Urteil gegen die beiden Angeklagten lautete je 8 Monate wegen schweren Landfriedensbruchs...

Wieder Plünderungen im Norden und Osten.

Auch in den gestrigen Nachmittags- und Abendstunden erfolgten im Norden und Osten der Stadt wieder mehrere Ladenplünderungen. In die Butterfiliale von Thümann in der Uckerstraße 129 drangen mehrere junge Burschen, offensichtlich von kommunistischen Agitatoren angeleitet, ein und raubten Lebensmittel. Als das Ueberfallkommando erschien, waren die Täter bereits geflüchtet. Zu gleicher Zeit wurde auf die Stettiner Fleischzentrale in der Invalidenstraße ein ähnlicher Ueberfall verübt. Auch hier konnten die Plünderer ungehindert entkommen. Schließlich wurde noch die Filiale der Butterfirma Hoffmann in der Sölliger Straße 69 von einer Anzahl Halbweidlicher heimgesucht, die Wurstwaren an sich rissen und damit das Weite suchten.

Sorgenzeit auch für den Zirkus.

Nach wie vor läßt die eigenartige Zeitstimmung und Wagenburg Sarrafanis in der Bullenweberstraße in Moabit die größte Anziehungskraft aus. Freilich muß bei der heutigen Wirtschaftslage mancher Jaungast sein, der sehr gern Zuschauer wäre. Das ist in zweifacher Hinsicht bedauerlich: Erstens für diese Menschen selber, die sich nicht mehr die allergeringste Freude verschaffen können, und zweitens für den Zirkusbetrieb. Ist und bleibt es doch die feststehende Tatsache, daß das Stammzirkuspublikum sich aus den sogenannten kleinen Leuten zusammensetzt, die persönliche Leistungen zu schätzen wissen. Die Zirkusbetriebe von heute sind über ihre ursprüngliche Bedeutung weit hinausgeschritten. Der Wille zur Leistung hat sie gigantische Schauunternehmen werden lassen, die mit ungeheuren Tagesausgaben befaßt sind. So braucht zum Beispiel der Zirkus Sarrafanis, der mit 600 Tieren, darunter 22 Elefanten und 200 Pferden hier weilt, täglich 18 000 Mark, um nur seine Unkosten zu decken. Das ist natürlich bei den gegenwärtigen Verhältnissen gar nicht an Einnahmen heranzuführen. Und die Zirkusse verbrauchen ihre letzten Reserven. Jede Schließung würde die Arbeitslosigkeit unter den Artisten, die jetzt schon über 40 Proz. beträgt, ungeheuer vermehren und man muß den persönlichen Mut und das starke Selbstvertrauen bewundern, das gläubig auf eine bessere Zukunft hofft.

Die Wilmersdorfer Tageserholungsstätte im Grünwald eröffnet ihren Ferienbetrieb am 6. Juli 1931. Es werden Kinder schulpflichtigen Alters aufgenommen. Sie erhalten gute Verpflegung, werden mit Spiel und Sport beschäftigt und gut beaufsichtigt. Abmarsch von den Sammelplätzen 8.15 Uhr, Rückkehr 7.00 abends. Der Elternbeitrag ist gering und wird für Kinderbemittelte ermäßigt. Anmeldungen recht bald an die Schulen, die Schularzie, die Fürsorgeinstellen oder auch unmittelbar an das Bezirksjugendamt, Berliner Straße 40, II, Zimmer 212.

Wetterausichten für Berlin: Heiter mit weiterer Erwärmung, allmählich nach Nordwest bis West zurückdrehende Winde. — Für Deutschland: Ueberall beständiges und heiteres Sommerwetter.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsehen für die Rubrik sind: Berlin, den 28. Juni 1931, 12.00 Uhr. Red. an das Sekretariat: 1. Hof, 2. Kreuzberg, 3. Wilmersdorf.

Das Mitgliedsbuch Nr. 602 des Genossen Heinrich Voese, Berlin-Steglitz, Ganghoferstr. 8, ist verloren gegangen. Sollte es irgendwo als Ausweis benutzt werden, dann ist das Buch anzuhalten, und an das Sekretariat einzuschicken. J. A. Kleg Pagels.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

heute, Sonnabend, 27. Juni:

14. Kreis, heute, Sonnabend, Sommerfest im „Alten Bierhaus“, Treptow. Konzert, Spiele auf Schmalenbergr Platz, Eintritt 50 Pf., Einlaß 10 Uhr.
16. Abt. Von 18 Uhr an Abrechnung der Tagesfahrten der Keller, Fürstentstraße 1.
112. Abt. 20 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal Mitte, Kohnsdorf, Fürstentwälder Straße, gegenüber dem Friedhof. Einl. Kuttner, R. d. L.: „Der Parteitag“.

Sonntag, 28. Juni:

32. Abt. Aktion: Sommerfest bei Schenert, Stralau-Kummelsburg, Rynowstraße, Generalübung 14 Uhr. Beginn 15 Uhr. Unterhaltungsmuß des Reichsbanners, Fortführungen der SAJ, und Kinderfreunde u. a. m.

14. Kreis, die erwerbslosen Genossen werden ersucht, sich zum Sommerfest am 28. Juni in der Behnischen Str. 1-3 jeden Montag und Donnerstag um 14 bis 16 Uhr jährlich einzufinden, Gegenwärtiges Thema: Die Mitgliedschaft.

Frauenveranstaltung.

11. Kreis, die Dampfmaschinen müssen unbedingt bis Montag abgerechnet werden. Bis zu diesem Tage nicht abgerechnete Partien gelten als verkauft.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Friedrichshagen, Gruppe Kauf Einzel, Sonntag, 28. Juni, Sommerfest der 2. Abteilung bei Schenert (Stralau), Treffen der Partien 9½ Uhr. Aktion: Rast, Generalprobe.
Kreis Wilmersdorf: Treffen zur Sonnenwende 20 Uhr, Schmalenbergr Friedhof, Eltern mitbringen.



Bäder u. Kurorte



Am Niederrhein.

Wer mit der Kleinbahn von Reuf über den Rhein herüber von Düsseldorf zum vielbesuchten Strandbad bei Reuf-Grimlinghausen kommt, der erblickt nach Süden zu ein hohes, dichtbebautes Steilufer sich die Rheinaue entlangwinden, das man fürs erste wohl als den Rest eines alten Stromufers ansprechen könnte. Doch ist dem nicht so; vielmehr haben wir es hier mit echten Winddünen zu tun, wie sie weiter südlich und westlich im Norden von Reuf noch häufiger anzutreffen sind. Diesen Ursprung als starke Flugsandanhäufungen verrät die Gestalt der Hügel, die von Westen und Südwesten, der Hauptrichtung her, sich flach anbauen, um nach Osten und Nordosten als Sturzhang steil abzufallen. Wo in den Sandgruben das Hügelprofil erschlossen ist, tritt auch das angehäufte Schichtungslose Material zutage, wie es für Bildungen dieser Art charakteristisch ist.

Wer Einsamkeit und Stille liebt und einen Rundblick weit ins niederrheinische Land stromhinauf und -hinab tut, dem sei ein Gang dahinaus empfohlen. Hier im Anflieg der Halbmillionstadt Düsseldorf, deren Atem drüben grau in den Himmel düstet, ist es still wie im weltvergessensten Heidewinkel. Dann aber tragen wir durch Dornestrüpp und Schlinggewächs den Hang hinan; durch wild verwühlte Kauten und Kessel, die ein wahres Karnickelparadies darstellen, weiter die Dünenhöhe entlang bis auf den höchsten Zuginsland am südöstlichen Ende der Kette. In einem prächtigen Umfließ hat man hier den ganzen Niederrhein um sich versammelt. Stromhinab ragt das alte Reuf mit dem Umriß seines grünbetuppten Münsters und den gewaltigen Bollwerken seiner Mühlen; da spannt sich vor dem jartoverschwimmenden Bogenschwung der alten das straffe Pfeilergitter der neuen Brücke über den Strom nach Düsseldorf hinüber, dessen Häusergerinnsel in Türmen und Schloten gipfelnd sich unabsehbar in den Horizont hinausdrängt. Rheinaufwärts Dorf an Dorf, Stadt hinter Städten mit frommen Kirchen zwischen Wäldern und schwarzen Kaminen bis in die blaue Kette der Wupperberge hinauf. Bei klarer Sicht aber langt der Blick von hier bis zu den Siebenbergen. Wie mit hauchfeiner Farbe auf dem bloßen Himmelgrund gelegt, als jagende Silhouette stehen im Horizont die Türme des Kölner Doms. Noch Süden und Westen hinüber säumt die dunkle Mauer des Mühlenbusches den Himmelrand, späte Türme verraten die dicht an der Scholle touernden, in Gärten und Gebüsch sich bergenden Dorfnecker. Und wie drüben auf der lebendigen Ader des Stromes die Züge der Lastfähnen wandern, handel und Wandel, Austausch der Güter und Kräfte im Körper des Landes vollziehend, so jagen hüben auf der künstlichen Ader der großen Landstraße die Last- und Verkehrsfahrzeuge, und tief im Hintergrunde, wieder in Richtung von Süd nach Nord, in welche die lebensgestaltende Kraft des Stromes den Bewegungsrhythmus des Landes hineinzwang, zeigen weiße Rauchfahnen den anderen mächtigen Werstrang an, der dem Riesenkörper der Ebene Nahrung und Baustoff zuführt.

Schlesien als Reiseland.

Schlesien ist ein herrliches Reiseland. Es besitzt nächst Oberbayern die höchsten herrlichen Gebirge, eine Kette von 200 Kilometern Länge: das Riesengebirge, Waldenburger, Glatzer, Glatzer- und Altwatergebirge. Diese Kammegebirge steigen auf Höhen von 1000 bis über 1600 Meter; das Riesengebirge ein Waldgebirge, das Riesengebirge alpin, Altoatergebirge ihm ähnlich, Glatzer Gebirge an den Schwarzwald Süddeutschlands erinnernd, Waldenburger- und Glatzergebirge mit Thüringen zu vergleichen. Allenfalls erheben sich Burgen und Burg-

ruinen, altertümliche Städte und Klöster, auch im Borgebirge und in der Ebene. Sehr reizvoll sind das Bober-Rahbach-Gebirge und das Jostengebirge (nur eine Bahnhofsstation von Breslau) über 700 Meter hoch. Im Tiefland entzücken uralte Laubwälder, romantische Seen, deren es auch mehrere im Gebirge gibt. Die Schrift „Das schöne Schlesien“, die, mit 26 bunten Bildern von den Gebirgen und Städten Schlesiens ausgestattet, ein reizendes Album ist, unterrichtet über weitere Einzelheiten des schlesischen Landes. Sie ist in allen größeren Verkehrs- und Reisebüros sowie am Schalter der Sonderzüge nach Schlesien und vom Verkehrsbüro, Breslau, Gartenstraße 96 (gegen 20 Pf. Porto), zu haben. Jeder Reiseinsige sollte sich diese schöne, eindrucksvolle Schrift besorgen. Sie ist eine der beliebtesten Deutschlands.

Die Reichsbahn läßt billige Sonderzüge am 1., 2., 3., 4. und 11. Juli und 15. August 1931 nach Schlesien verkehren. Die Fahrkarten haben zwei Monate Gültigkeit. Der Zug fährt nur bei genügender Beteiligung. Es ist daher unbedingt notwendig, die Karten bald zu lösen.

Schwarzwälder Uhrenhändler in Not.

Zur Werbung für die notleidende Schwarzwälder Uhrenindustrie hat sich ein Schwarzwälder Kaufmann vor kurzer Zeit entschlossen, in der Originaltracht der wandernden Uhrenhändler vor 200 Jahren mit beladener Uhrentrage eine Fußwanderung durch West- und Nordeuropa zu machen, die in ihrer Route und Ausrüstung völlig jener Wanderung gleicht, welche die Schwarzwälder Uhrenhändler vor 200 Jahren unternommen hatten, um ihre Produkte in aller Welt abzusetzen. Der Uhrenhändler, der sich zur Zeit schon in Frankfurt auf der dortigen Ausstellung der Uhrenindustrie befindet, wird durch das Rheintal zu Fuß nach Holland ziehen, Holland durchwandern und nach England übersehen, um die britische Insel bis hinaus nach Edinburgh zu durchziehen. Die weitere Fahrt wird den Uhrenhändler nach Oslo und später nach Stockholm bringen und durch Dänemark zurück nach Deutschland führen. Der Uhrenkaufmann ist an seiner Tracht leicht erkennlich: ein langer schwarzer rotgefütterter Mantel, runder Schwarzwälder Hut, rote Weste, ein vätermörderähnlicher Kragen mit schwarzer Schleife, hohe Stulpstiefel und derber Wanderstock sind die äußere Ausrüstung des Uhrenhändlers. Auf dem Rücken trägt er eine genaue Nachbildung der Tragtrage, wie sie vor 200 Jahren von den Uhrenhändlern zur Beförderung ihrer Produkte benutzt wurden. Eine Anzahl verschiedenartiger Schwarzwalduhren, neuerer Kuckucksuhren, aber auch Nachbildungen alter, darunter der ersten Uhr des Schwarzwälder Uhrenbaues aus dem Jahre 1640, befinden sich auf der Krage. Die Wanderung wird voraussichtlich eine Dauer von 2 Jahren erfordern.

Nordseebad Westerland! Eine Reihe von Tagungen fanden im Monat Juni in Westerland statt, darunter zwei Tagungen von Ausschüssen der Reichsbahndirektion. Einzelne Gesellschaftsfahrten aus verschiedenen Gegenden Deutschlands besuchten Westerland und unternahmen von hier aus eine Reihe Ausflüge auf der hochinteressanten Insel. Zur Zeit weilt Reichstagspräsident Lohse in Westerland. Die Kapelle Barnabas von Georg spielt während der Saison im „Trocadero“. Zu Rundflügen wird die Lufthansa ein großes Flugzeug entsenden. Im Spielfeld ist Gelegenheit gegeben zu allen Arten von Gesellschaftsspielen. Der deutsche Meister im Billardspiel gibt Unterricht und Anleitung. Zahlreiche große Veranstaltungen im Kurhaule und in den verschiedenen Hotels werden für die Unterhaltung der Gäste Sorge tragen. Eine Reihe von Gymnastikschulen tragen zur Erhaltung am Strande bei.

Nordseebad Bismarck! Der Ruhe und Erholung sowie Heilung von mancherlei Gebrechen sucht bei guter Beherbergung und dem Nordsee-Klima angemessener Bepflanzung, wird in Bismarck leicht finden was er wünscht. Die kalten Seebäder werden nur während der Flut genommen, so daß auch bei Windstille stets noch einige Bewegung des Wassers die köstliche Wirkung des Bades erhöht. Da-

zu ist die große Annehmlichkeit vorhanden, daß man unmittelbar aus der Badestelle in das Wasser gelangt, das vorne am Ufer schon die erforderliche Tiefe zum Baden hat, während man in den andern Seebädern entweder mit Badetarren hineingefahren oder eine weite Strecke durch flaches Wasser waten muß. In Bismarck sind tatsächlich alle Heilfaktoren eines idealen Seebades vorhanden, unter denen das Battenlaufen sich namentlich bei allen Erkrankungen der Atmungsorgane, bei Unregelmäßigkeit der Zirkulationstätigkeit und verflochtenen Störungen bewährt.

Offseebad Ahlbeck. Aus Ahlbeck wird mitgeteilt, daß die Kurkapelle täglich dreimal konzertiert und die Badeverwaltung ein Veranstaltungsprogramm herausgegeben hat, das u. a. ein großes Kinderfest, wöchentlich einmal gemeinschaftliche Waldausflüge, Strandbautenwettbewerb, Wettschwimmen, Wagen- und Bootsfahrten, einen großen Lampionabend und wöchentlich zweimal sportliche Unterhaltungsprogramme am Strande vorsieht. Die Kurtagung ist gegen das Vorjahr herabgesetzt, auch die Pensions- und Wohnungspreise sowie die Strandformiete sind der augenblicklichen Wirtschaftslage angepaßt.

Wallenfels im wilden Rodachtale (im Herzen des Frankenwaldes) gehört zu den Pläzen, die von der Natur mit ganz besonderer Liebe ausgestattet wurden. Das ganze Tal ist umrahmt mit teils schroff, teils allmählich aufsteigenden bewaldeten Hängen. Die großen Tannen- und Fichtenwälder im weiten Umkreis reichen unmittelbar an den Marktleden und sind mit etwa 60 Kilometer trockener, schattiger Förstersteige durchzogen. Geschützt gegen die rauhen Nord- und Nordostwinde am Fuße jäh bis zu 700 Meter aufsteigender Berge, eignet sich Wallenfels am besten zum Sommeraufenthalt. Die geographische Lage, die schönste des Frankenwaldes, eignet sich besonders für Herzkranken, Nervenleidende und Erholungsbedürftige, die in den herrlichen Wäldern heilsame Gymnastik treiben können. Nähere Auskunft und Prospekte durch den Marktgemeinderat Wallenfels.

Bad Grund (Oberharz), seit 75 Jahren als Luftkurort im schönen Oberharze als aufstrebendes Heilbad bekannt, ist für Heilungsuchende besonders durch seine vor vier Jahren eingeführten Pauschalkuren (3 Wochen 136 Mk. bzw. 159 Mk.) sehr beliebt geworden. Die Badeverwaltung läßt diese Pauschalkuren in der ganzen Hochalpen zu. Man lasse sich, je nach der beabsichtigten Art des Aufenthaltes in Bad Grund, die entsprechenden Sonderproschriften schicken: „Erholung in Bad Grund“ oder „Pauschal-Heilkuren in Bad Grund“.

Bad Kudowa! Die von der Reichsbahn den Glatzer Bädern bescherte neue Schnellverbindung mit Berlin (ab Gdrl. Bf. 7.00 Uhr, an Kudowa 14.00 Uhr mit vorzüglichen Anschlüssen von Sachjen und Mitteldeutschland) hat sich glänzend bewährt; der neue Zug weist fast täglich eine 90prozentige Besetzung auf. — Von den auch hier eingerichteten Einheitspreisen macht das Publikum gern Gebrauch; es zeigt sich, daß diese Kurten wirklich einem Zeitbedürfnis entsprechen. Während Kudowa früher fast ausschließlich als das Herz, Nerven- und Frauenbad des Ostens galt, weist die Kurliste jetzt immer mehr Namen von Besuchern aus anderen Teilen Deutschlands und des Auslandes auf; das beruht in erster Linie auf den ganz hervorragenden und Aufsehen erregenden Erfolgen des Bades bei Drüsen-erkrankungen, insbesondere bei Basedow.

„Das schöne Schlesien.“ In neuem Gewande ist die Schrift „Das schöne Schlesien“ vom schlesischen Verkehrsverbände herausgegeben worden. Auf dem Umschlag ist das Riesengebirge mit zwei Bildern vom Großen Teich und der Schneefalpe sowie von der Schneegrube mit der Schneegrubenbaude wiedergegeben, ferner das Breslauer Rathaus, dieses Dentmal deutscher Bürgertum aus dem 13. bis 16. Jahrhundert. Außerdem bringt die Schrift noch 18 Bilder im Vierfarbendruck und behandelt damit die typischen Landschaften und Städte Schlesiens. Wer sich über Schlesien unterrichten will, möge sich diese Schrift vom Verkehrsbüro Breslau, Gartenstr. 96, senden lassen. Sie ist auch in allen großen Reise- und Verkehrsbüros zu haben. Die Schrift ist außer in Deutsch auch in Amerikanisch-englisch und Englisch erschienen.

NORDSEEBAD
Worderney
Seewasser-Wellenschwimmbad
1931 neu eröffnet

Herz - Nerven
Rheuma - Frauenleiden
heilt
das **Fangenau**
Schlesien
Billige Pauschal-Kuren
x 224,-
28 Tage einmahl Aufenthalt
Prospekte kostenlos!

Staatl. Bad
Meinberg
Lippe-Teutoburger Wald
Gicht-, Rheuma-, Herz-, Nerven- und Frauenbad
Inhalatorium
Pauschalkuren

Grünheide/Fangschleuse/Alt-Buchhorst
(Gemeinde Wersee)
Stadtbahnstation Erkner - Vorortstation Fangschleuse
Motorboot durch Löcknitz nach Weel-, Peetz- und Möllen-See. — Postauto ab Bahnhof Erkner. — Herrliche Wälder, Seen, Freibäder — Gute Hotels, Pensionen und Privatlogis.
Auskunft: Verkehrsbüro. Telefon: Erkner 672.

Inserte im Vorwärts sichern Erfolg!

Ostseebad Heiligenhafen
in Holstein
Pension ab RM. 4.—
Führer durch die Badeverwaltung

München!
Empf. pa. Zimmer, a. Bf. Bettpr. 2,50 M. im Frühst. Anm. erw. Frau Sterl, Schillerstr. 31, 3 Treppen.
Luftkurort **Güstebiese**
(Reumarkt). Wundervolle Lage an Wald und Ober. Angeln. Badegelegenh. Großer Garten mit schöner Aussicht, elektrischem Licht, Warmbad im Hause. Beste reichl. Verpf. mit Zimmer 4.— Juli 1931 Pension Deutsches Haus, Teleph. Nr. 6.

Parteienossen
finden freundl. Aufnahme, reichlich Verpflegung, 5 Mahlzeiten, M. 3.75 pro Tag, Garten mit Liegewiese direkt am See, nahe Wald u. Bahn.
Albert Hargés, Harriehausen, Harz.

AHLBECK OSTSEEBADE
Prospekte durch die Badeverwaltung

Versäumen Sie nicht die weltberühmten Naturwunder des Harzes
die Rübeler Tropfsteinhöhlen
Hermannshöhle u. Baumannshöhle
in Rübeland, Harz
zu besichtigen.
Gute Unterhaltung in Hotels u. Privat-jachstätt möglich.

NORD FRIESLANDS SEEBÄDER

KAMPEN (SYLT) SCHLESWIG-HOLSTEIN
WENNINGSTEDT (SYLT)
WESTERLAND (SYLT) NIEBÜLL
WYK (FÖHR) DAGEBÜLL
NORDDORF (AMRUM) HUSUM
WITTDÜN (AMRUM) GARDING
ST. PETER-ORDING TONNING
BÜSUM HEIDE
HELGOLAND
CUXHAVEN
DUNNEN
WILHELMSHAVEN BREMERHAVEN
HAMBURG
BREMEN

SEE-VERBINDUNG MIT DEN DAMPFERN DER
HAPAG SEEBÄDERDIENST G.M.B.H. HAMBURG
NORDEUTSCHER LLOYD BREMEN
PROSPEKTE DURCH BADEVERWALTUNG u. REISEBÜROS

Herzheilbad Altheide
Neu erfasste natürliche kohlen-saurer Stahl-Sprudel von außerordentlich hoher Ergiebigkeit! Mineral-Moorbäder, Hydro- und Elektrotherapie. — Neuartige Kur- und Badehäuser. — Behagliche Wohnungen, gute Pensionen zu mäßigen Preisen.
Pauschalkuren 20 Aerzte Sanatorium Bad Altheide
Chefarzt Prof. Dr. Ernst Neusser, bisher Städt. Klinisch-geheile Kuranstalt für Herz- und Gefäßleiden. — Diätetiken, eigene Sprudelbäder.
Kurhaus Bad Altheide
Sprudel- und Moorbäder im Hause. — Alle Zimmer mit fließendem Wasser, einige mit Privatbad. — Bekannt gute Küche. „Altheider Herz-Diät“ ohne Preiszuschlag.
Prospekte kostenfrei durch die **Badeverwaltung Altheide**

Torgelow in Pommern
rings von küstl. Wald umgeben. Flußbad. 30 Min. Autobus zum Halftandstrand. Gemütlich und behaglich-billige Sommerfrische. Frau Miana Böder, Torgelow & P., Ueckermünder Str. 36, Adresso

Güstebiese (oder)
Herrlicher Sommeraufenthalt. Wald — Wasser — Freibad — Rudern — Angeln. Gute Verpflegung zu mäßigen Preisen. Auskunft gegen Freimschlag mit Der Verkehrsverch.

Wie lange noch Schiele-Politik?

Mißachtung der Gesetze und Verlagen auf der ganzen Linie.

Die Arbeiterschaft und ihre politische Vertretung, die Sozialdemokratie, haben sich seit Jahren auch der Wahrung der Lebensinteressen der Landwirtschaft angenommen. Sie hat noch im März dieses Jahres dem Verlangen der Regierung Brünning-Schiele nachgegeben mit der Ermächtigung für die Regierung, ohne vorherige Befragung des Reichstages die Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft so zu gestalten, wie die Wirtschaftslage es erfordert. Diese Ermächtigung ist der Regierung erteilt worden unter der Bedingung, daß sie sich verpflichtet, jeder Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus für Nahrungsmittel und insbesondere der Brotpreise vorzubeugen. Durch die positive Mitarbeit der Sozialdemokratie wurde erreicht, daß in diesem Gesetz ein Verbraucherchutz verankert ist, der die unbegrenzte Erhöhung der Zölle verhindert.

Wie haben sich die Verhältnisse nun inzwischen entwickelt?

Schon seit Monaten war in der sozialdemokratischen Presse auf die Verknappung der Getreidevorräte, die durch die Übertreibung der Schutzmaßnahmen bedingt waren, hingewiesen worden. Man hat aber nicht darauf gehört. Die Folge war eine Getreideverknappung und eine Erhöhung der Brotpreise in den meisten Städten. Die Sozialdemokratie hat seit April energig verlangt, daß die Brotpreise wieder gesenkt und daß die Futtermittel verbilligt werden, um jede Roggenverknappung zu vermeiden, da sonst angesichts der Roggenmangel die Versorgung der Bevölkerung zu gleichbleibenden Preisen nicht möglich ist. Auf diese Vorhaltungen stellte sich die Reichsregierung völlig taub.

Erst unter dem Druck der empörten öffentlichen Meinung bequeme sich Herr Schiele, in Berlin und in einigen anderen Städten Verhandlungen mit den Mühlen und Bäckern anzuknüpfen und ihnen verbilligten Roggen aus den Vorräten der Roggenstützungsstelle zur Verfügung zu stellen, um auf diesem umständlichen und langwierigen Wege die nach dem Gesetz notwendige Senkung der Brotpreise herbeizuführen.

Aber aus dieser Brotpreisaktion ist so gut wie nichts herausgekommen.

Nicht einmal überall, wo Verhandlungen stattgefunden haben, ist es der Regierung gelungen, den Brotpreis zu senken. So beträgt in Berlin jetzt der Durchschnittspreis noch 48 1/2 Pf., die Grenze, über die der Brotpreis nach dem Gesetz nicht steigen darf, liegt für Berlin höchstens bei 47 Pf. Im Reichsdurchschnitt hatte der Brotpreis aber schon am 20. Mai den durchschnittlichen Brotpreis für die Monate Oktober 1930 bis März 1931 um 2,6 Proz. überschritten.

Seit Mitte Mai sind die Roggenmehlpreise aber um 14 Mt. je Doppelzentner gestiegen, und es ist selbstver-

ständlich, daß die Bäcker, denen von der Reichsregierung nicht das Geringste in den Weg gelegt wird, ihre Gewinnspanne auszubehnen, inzwischen entsprechend die Preise erhöht haben. Es ist also festzustellen, daß offensichtlich das Gesetz verletzt worden ist, das der Reichsregierung vorschreibt, einer Brotpreiserhöhung vorzubeugen.

Herr Schiele nimmt sich auch merkwürdig viel Zeit,

seine Versprechungen, durch eine Verbilligung des Futtergetreides einen Druck auf die Roggenpreise auszuüben, in die Wirklichkeit umzusetzen. Am 18. Juni sollte durch eine Senkung des Gerstenzolls und des Monopolmaispreises eine Verbilligung der Futtermittel erfolgen. Erst am 20. Juni wurde eine Senkung der Maispreise beschloffen. Gleichzeitig erklärte das Reichsernährungsministerium, daß wahrscheinlich am 26. Juni der Gerstenzoll um 1 Mt. und der Roggenpreis für Kartoffelflocken um 2 Mt. gesenkt werden soll. Das System, Gerste nur zum verbilligten Zoll (5 anstatt 18 Mt.) einzuführen zu können, wenn gleichzeitig Kartoffelflocken von der Stützungsstelle gekauft werden, bleibt aber bestehen.

So muß es sehr zweifelhaft erscheinen, ob die Maßnahmen ausreichen, um überall in Deutschland eine Senkung der Roggenpreise durchzusetzen, zumal eine Senkung des Zolls für Futterweizen, die ebenfalls von der Regierung in Aussicht gestellt war, auch vorläufig nicht eintritt. Auch im Interesse der kleinen Geflügelhalter ist dies sehr bedauerlich. Da Herr Schiele auch seine neuesten Versprechungen wie gewöhnlich möglichst spät zu erfüllen beginnen wird, wird auch auf diesem Wege keine Senkung der Roggen- und damit der Mehlpreise zu erwarten sein. Es stört Herrn Schiele nicht, daß er das System der

beweglichen Zölle durch seine Politik diskreditiert,

durch das ein Ausgleich zwischen den Interessen der Erzeuger und der Verbraucher erreicht werden soll. Die Ermächtigung, die Zölle je nach den Erfordernissen der Wirtschaftslage herauf- oder herabzusetzen, ist tatkräftig immer nur dann angewandt worden, wenn es sich um eine Erhöhung der Zölle handelte. Nicht aber, wenn ein Druck auf die Preisentwicklung notwendig war.

Die ganze Brotpreiserhöhung, von der die Landwirtschaft gar keinen Nutzen hat, wäre unnötig gewesen, wenn Herr Schiele sich sofort um die Brotpreise gekümmert hätte, wie es seine Pflicht war. Dazu ließ ihn aber seine Propaganda für eine Butterzollerhöhung keine Zeit, obwohl heute jede Butterverknappung eine Abwanderung zur Margarine zur Folge hätte, was wieder die Bauern am schwersten trifft.

Es vermag Herr Schiele offensichtlich auf der ganzen Linie der von ihm übernommenen Aufgaben und Pflichten und es muß erneut gefragt werden, wer denn schließlich noch die Verantwortung für sein Verlagen tragen will.

gen nötig waren, erhöhte sich der Reingewinn von 0,83 auf 0,96 Mill. Mark. Die Dividende wurde von 15 Proz. auf den immer noch sehr hohen Satz von 10 Proz. herabgesetzt, weil jetzt das erhöhte Kapital von 8 Mill. Mark geminnberechtigt ist. Die Mittel aus der Kapitalerhöhung wurden zur Abdeckung der Bankschulden verwendet.

Reichsbürgerschaft für Kleinwohnungsbau

Die allgemeinen Vertragsbedingungen.

Wie mitgeteilt wird, hat der Reichsarbeitsminister inzwischen den Ländern die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Übernahme von Reichsbürgerschaften zugunsten des Kleinwohnungsbaues übersandt und im Einvernehmen mit den Ländern das weitere Verfahren für die Übernahme der Bürgerschaften geregelt. Die Anträge auf Bürgerschaftsübernahme sind danach bei den Stellen einzureichen, die mit der Vergabe von Hauszinssteuermitteln für den Wohnungsbau betraut sind. Dies geschieht, weil die Reichsbürgerschaft grundsätzlich nur dann übernommen werden soll, wenn Bürgerschaften des Landes oder der Gemeinden nicht zur Verfügung stehen, und auch nur dann, wenn das Land, in dessen Bereich das Darlehen verwendet werden soll, der Übernahme der Bürgerschaft und der Aufnahme des Darlehens zugestimmt hat.

Manoli zahlt 7 1/2 Proz. Dividende. Die Manoli A. G., Berlin, ist durch einen Interessengemeinschaftsvertrag mit ihrem Großaktionär, der Reemtsma Zigarettenfabriken G. m. b. H., Altona, verbunden. Dieser Vertrag garantiert den Aktionären eine Dividende von 7 1/2 Proz., die auch für das Geschäftsjahr 1930 zur Verteilung kommt. Allerdings sind von dem 2-Millionen-Kapital der Manoli nur 55 400 M., also noch nicht 3 Proz., frei, d. h. nicht im Besitz von Reemtsma, so daß diese durch die Dividendengarantie lächerlich gering belastet ist.

Hotelbetriebs-A. G. verteilt 8 Proz. Dividende. Dem Hotelgewerbe kann es doch nicht so schlecht gehen, wie häufig behauptet wird. Jedenfalls kann die Berliner Hotelbetriebs-A. G. für 1930 die recht erhebliche Dividende von 8 (i. B. 10) Proz. verteilen. Bei einem Aktienkapital von 21,68 Millionen Mark ist der Reingewinn von 2,3 auf 1,8 Millionen Mark zurückgegangen. Die Gesellschaft betreibt die Hotels Bristol, Kaiserhof, Bellevue, Baltic, Central und die Kranjer-Konditorei. Groß-Aktionäre sind das Bankhaus Gebr. Arnold und die Alchinger A. G.

Erhöhung der französischen Eisenbahntarife. Die vorgesehene Erhöhung der Eisenbahntarife bezieht sich nur auf den Personenverkehr, während die Tarife für den Güterverkehr angesichts der wirtschaftlichen Lage unverändert bleiben sollen. Es ist vorgesehen, die Personentarife auf das Niveau der Vorkriegszeit zu erhöhen, gleichzeitig jedoch als mildernde Maßnahme die Verkehrssteuer von 32 Prozent auf 12 Prozent herabzusetzen.

Die Banken Ende Mai.

Die ersten Anzeichen der Kreditkatastrophe vom Juni.

Die von der Reichsbank veröffentlichte Bilanzübersicht der deutschen Kreditbanken von Ende Mai läßt die ersten Anzeichen der im Juni dann eingetretenen enormen Verschärfung der inneren Geldmarkt- und der äußeren Devisenlage Deutschlands bereits erkennen. Die Gesamtsumme der fremden Gelder ist gegenüber Ende April weiter zusammengeschrumpft; bei den Berliner Großbanken von 10 386 auf 10 395, bei sämtlichen 88 Kreditbanken von 13 189 auf 12 852 Millionen Mark. Daß ein erheblicher Teil dieser Schrumpfung bereits auf ausländische Kreditkündigungen zurückzuführen ist, ergibt sich daraus, daß die ganz kurzfristig fälligen Gelder (bis 7 Tage) nur sehr wenig, die mittelfristigen aber am stärksten abgenommen haben.

Nur ein kleiner Teil der Kreditorenerlöse erklärt sich aus eigentlich wirtschaftlichen Gründen. So dürfte der Rückgang der Vorkäufe auf lagernde und schwimmende Waren um 47 Millionen bei den Großbanken und um 46 Millionen bei sämtlichen Kreditbanken im Zusammenhang mit der Schrumpfung des Außenkredits eine natürliche Abnahme der fremden Gelder bei den deutschen Banken erklären. Es zeigt sich aber auch bereits eine gewisse Anspannung auf dem Geldmarkt. So sind die Kassenhaltung und die Guthaben bei Notenbanken insgesamt leicht gesunken. Die Wechselbestände sind wohl nur deshalb bei den Großbanken noch um 19, bei sämtlichen Kreditbanken schon nur noch um 6 Mill. gestiegen, weil der Bestand an Reichsschatzwechseln erheblich zugenommen hat.

Es ist möglich, daß die Banken schon im Mai weniger Wechsel prolongiert haben als früher. Bei den auf laufendem Konto ausgeliehenen Geldern (Debitoren) ist der Rückgang mit 100 auf 5734 bei den Großbanken und mit 94 auf 7387 Millionen bei sämtlichen Banken am stärksten. Hier ist es wahrscheinlich, daß die an deutsche Unternehmungen gewährten Kredite zum Teil aufgekündigt worden sind, worauf die mehrfachen Zusammenbrüche größerer Firmen (Beispiel Nordmole) schließen lassen. Entsprechend der im Mai weiter verschlechterten Börsenlage zeigen auch die von den Banken gewährten Börsenkredite einen neuen erheblichen Rückgang.

Keine Bauvereinstagung — schlechte Regie. Wie uns der Hauptverband deutscher Bauvereinstagungen mitteilt, wird der von uns kürzlich angekündigte 6. Allgemeine Deutsche Bauvereinstag nicht stattfinden, weil viele gemeinnützige Bauvereinstagungen unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Kosten für die Vertreterentlohnung sparen wollen. Das hätte auch vor der Ankündigung der Tagung festgestellt werden können.

Andauernde Kupferhauffe. Von dem Stimmungsumschwung, der mit Hoovers Vorschlag eingetreten ist, hat bisher am meisten das Internationale Kupferkartell profitiert. Der Preis an der Londoner Börse ist in wenigen Tagen von 8,27 1/2 Cents für ein englisches Pfund auf 9,02 1/2 Cents heraufgesetzt worden. Das Kupferkartell verfolgt noch seine alte Taktik, den Markt nicht genügend zu versorgen, so daß die Konsumenten, deren Lager sicher geräumt sind, ihre Anforderungen nicht voll zugeführt erhalten. So erhält sich das Kupferkartell künstlich eine dauernde dringende Nachfrage.

Die Umkehrentwicklung bei Leonhardt Lieh. Auf der Generalversammlung der Leonhardt Lieh A. G. in Köln wurde mitgeteilt, daß der Umsatz in den ersten vier Monaten des neuen Geschäftsjahres (Februar bis Mai) etwa 9 Prozent niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres gewesen sei. Dieses Ergebnis wurde angesichts des inzwischen eingetretenen Preisrückganges als gut bezeichnet. Die Unkosten konnten dem (wertmäßigen) verringerten Umsatz angepaßt werden. Die Rotverordnungen wurden verurteilt, da sie die Kaufkraft der breiten Massen schwäche. Die Belastung durch die Sondersteuer auf Großbetriebe (Warenhaussteuer) macht bei Lieh jährlich etwa eine Million Mark aus. In der Beurteilung der Gewinnaussichten war man optimistisch: die Periode der Expansion sei beendet. (Dividende 8 Prozent.)

8 Proz. Dividende bei der Hefftschen Kunstmühle, Mannheim. Die zum H.C. Konzern gehörige größte süddeutsche Mühle, Hefftsche Kunstmühle A. G., Mannheim, verteilt für das Geschäftsjahr 1930—1931 (1. April 1930 bis 31. März 1931) auf das 2,6-Millionen-Mark-Kapital 8 Prozent Dividende (im Vorjahr 10 Prozent). Im Geschäftsbericht wird die Berechtigung des Vermählungszwangs anerkannt; nur die monatliche Änderung der Vermählungsquoten wird beklagt. Der Konkurrenzkampf der Aufseher gegen die Mühlenkonvention habe zu einer Lockerung der Preisvereinbarungen geführt — was die Konsumenten nur begrüßen können. Daß die Mehlpreise die Herstellungskosten nicht mehr decken, muß angesichts des Gewinnzuwufes bezweifelt werden.

Dividendenerhöhung bei Kohlenäureindustrie. Die A. G. für Kohlenäureindustrie, Berlin, weist für das Geschäftsjahr 1930 den gleichen Bruttogewinn von 1,69 Millionen Mark wie im Vorjahr aus. Vom Reingewinn von 0,31 (0,34) Millionen Mark werden nur 50 000 (im Vorjahr 100 000) Mark der Reserve zugeführt, so daß die Dividende von 9 auf 10 Proz. erhöht werden kann.

Schuchardt dividendenlos. Die Ferdinand-Schuchardt, Berliner Fernsprech- und Telegraphenwert A. G., Berlin, die zum Konzern der amerikanischen International Telegraphic and Telephone Company gehört, schließt mit einem Reingewinn von 28 849 Mark ab, der vorgetragen wird (Vorjahr 6 Proz. Dividende).

Geringer Gewinn bei Schnellpressenfabrik Frankenthal. Die Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert u. Cie. A. G. schließt das Geschäftsjahr 1930 mit einem Reingewinn von 52 000 Mark ab, der vorgetragen wird. Der Umsatz hat sich gegen 1929 stark vermindert, hauptsächlich infolge des schlechten Abjages im Inlande. Im Geschäftsbericht wird die Rotationsmaschine, auf der die Millionenauflage der Deutschen Metallarbeiterzeitung gedruckt wird, abgebildet und als die schnellste Berlin's bezeichnet.

Ruhlauftrag für Büffing-NAG. In den letzten Wochen scheint sich die Beschäftigung der deutschen Automobilindustrie wieder zu heben. Jetzt hat die Büffing-NAG, Vereinigte Kraftwagen-A. G., Braunschweig, in der die Lastkraftwagenfabrikation der Büffing A. G., Braunschweig, und der NAG in Oberhönneville vereinigt ist, von der russischen Handelsvertretung einen Auftrag zur Lieferung von 225 Fünftons-Lastwagen erhalten. Die Preise seien zwar niedrig; aber man kann doch eine erhebliche Zahl von Arbeitern wieder einstellen.

Ungebrochene Werbekraft.

Die Konsumvereine im ersten Vierteljahr 1931.

Trotz der schweren Wirtschaftskrise ist die Anziehungskraft der Konsumvereine für die arbeitenden Massen im ersten Vierteljahr 1931 ungebrochen geblieben. Nach dem Bericht des Zentralverbandes wurden 24 333 neue Mitglieder in den bestehenden Vereinen gewonnen und die Zahl der Mitglieder auf 2 889 135 erhöht. Für den eingetretenen Umsatzrückgang sind allein die vorhergehenden Wirkungen der Wirtschaftskrise und des Bohn- und Gehaltsabbaus verantwortlich, daneben freilich auch die erfreulich starke Preislenkung, die von den Konsumvereinen vorgenommen worden ist. Der Gesamtumsatz betrug im ersten Quartal dieses Jahres 257 Millionen Mark gegen 287 Millionen im gleichen Quartal des Vorjahres. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied betrug 89,94 gegenüber 96,80 Mark im gleichen Abschnitt des Vorjahres.

Trotz der Verschlechterung der Wirtschaftslage und des rückgängigen Umsatzes sind die Anteilguthaben der Mitglieder zum 31. März 1931 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres von 62,3 auf 67,0 Millionen Mark gestiegen. Auch die Rücklagen aller Art vermehrten sich noch, wenn auch im ersten Quartal 1931 nur noch geringfügig um 400 000 Mark. So konnte das Verhältnis der Rücklagen aller Art zur Umsatzerlöse günstiger werden.

Der Zustuß an Spareinlagen war begreiflicherweise schwach. Daß der Reingewinn im ersten Quartal, wo er immer am größten ist, nur noch 5,5 Millionen Mark betrug, ist ein Zeichen der bei der Verbraucherschicht eingetretenen materiellen Not. Um so mehr werden die Konsumvereine auf eine Flüssigmachung der Spareinlagen Bedacht nehmen.

10 Prozent Eva-Dividende.

Erhöhter Reingewinn trotz Umsatzrückgang.

Die Eisenbahn-Verkehrsmittel A. G. zu Berlin betreibt einmal das Vermietungsgeschäft von Eisenbahnwagen (Kessel-, Kühl-, auch Normwagen), zum andern gehört ihr die Waggonfabrik Bismarck und eine Reparaturwerkstätte in Bergdorf bei Köln. Das Geschäftsjahr 1930/31 (1. April bis 31. März) bezeichnet das Unternehmen selbst als nicht ungünstig; das Vermietungsgeschäft war dank langfristiger Verträge nicht schlecht, wenn auch der Kühlwagenpark infolge der eingeschränkten Gefrierfleischfuhr nicht ausgenutzt wurde. Die Waggonfabrik Bismarck scheint dank der neuen Anlagen trotz geringer Beschäftigung mit Gewinn gearbeitet zu haben. Das Reparaturwerk Bergdorf war besser als im Vorjahr beschäftigt.

Der Bruttogewinn ist von 5,1 auf 4,7 Millionen Mark zurückgegangen; da aber in diesem Jahre keine Sonderabrechnung-

Dauerhaftigkeit: DUNLOP

